

Sagen, was Sache ist. Lesen, was klüger macht.

Siegründet 1993



www.spd-ehingen.de



Nr. 216

erscheint monatlich

1. Januar 2012

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Unwissenheit ist Unfreiheit. Wissen ist die Chance zur Freiheit. Deshalb verstehen wir Bildung als Grundrecht, nicht als abgeleitete Größe ökonomischer Zwänge.” (Franz Müntefering zum Roten Fuchsle)

Rede Helmut Schmidts auf dem SPD-Bundesparteitag am 4. Dezember 2011 in Berlin (im ungekürzten Wortlaut)

Deutschland in und mit und für Europa

Liebe Freunde,
meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Als Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und meine Partei mich noch einmal um einen Beitrag gebeten haben, habe ich mich gern daran erinnert, wie ich heute vor 65 Jahren mit Loki auf dem Fußboden kniend Einladungsplakate für die SPD in Hamburg-Neugraben gemalt habe. Allerdings muss ich zugleich bekennen: Im Blick auf alle Parteipolitik bin ich altersbedingt schon jenseits von Gut und Böse angekommen. Schon lange geht es mir in erster und in zweiter Linie um die Aufgaben und die Rolle unserer Nation im unerlässlichen Rahmen des europäischen Zusammenschlusses.

Zugleich freue ich mich darüber, dass ich dieses Rednerpult teilen darf mit unserem norwegischen

Nachbarn Jens Stoltenberg, der inmitten eines tiefgehenden Unglücks seiner Nation uns und allen Europäern ein wegweisendes Beispiel gegeben hat an unbeirrbarer rechtsstaatlicher, liberaler und demokratischer Führung.

Als inzwischen sehr alter Mann denkt man naturgemäß in langen Zeiträumen - sowohl nach rückwärts in der Geschichte als ebenso nach vorwärts in die erhoffte und erstrebte Zukunft. Gleichwohl habe ich vor einigen Tagen auf eine sehr einfache Frage keine eindeutige Antwort geben können. Wolfgang Thierse hatte mich gefragt: "Wann wird Deutschland endlich ein normales Land?" Und ich habe geantwortet: In absehbarer Zeit wird Deutschland kein "normales" Land sein. Denn dagegen steht unsere ungeheure, aber einmalige historische Belastung. Und außerdem steht dagegen unsere demografisch und ökonomisch übergewichtige

Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 3 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum|
- 11 Anmerkungen zur Rede H.S.
- 12 SPD-Berichte aus Berlin
- 13 Glas Wein auf die Kanzlerin
- 14 Bildungsfahrt nach Berlin
- 17 Damals im Januar
- 19 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 20 Der Kunde ist der Depp
- 21 Protokoll Dienstagstreff
- 22 Wir müssen entscheiden,
was uns Bildung wert ist
Eigentlich ist es
ein ganz dicker Hund
- 23 Haushaltsrede Kreistag
- 27 Camping, Klos und Kathedralen
- 28 Termine, Hinweise u. a. ■



Adress-
Aufkleber



EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



Fortsetzung von Seite 1

Zentralposition inmitten unseres sehr kleinen, aber vielfältig nationalstaatlich gegliederten Kontinents.

Damit bin ich aber bereits mitten in dem komplexen Thema meines Vortrags: **Deutschland in und mit und für Europa.***

Motive und Ursprünge der Europäischen Integration

Auch wenn in einigen wenigen der rund 40 Nationalstaaten Europas das heutige Nation-Bewusstsein sich erst verspätet entfaltet hat - so in Italien, in Griechenland und in Deutschland - so hat es doch überall und immer wieder blutige Kriege gegeben. Man kann diese europäische Geschichte - von Mittel-Europa aus betrachtet - auch auffassen als eine schier endlose Folge von Kämpfen zwischen Peripherie und Zentrum und umgekehrt zwischen Zentrum und Peripherie. Dabei blieb das Zentrum immer wieder das entscheidende Schlachtfeld.

Wenn die Herrscher, die Staaten oder die Völker im Zentrum Europas

schwach waren, dann stießen ihre Nachbarn aus der Peripherie in das schwache Zentrum vor. Die größte Zerstörung und die relativ größten Verluste an Menschenleben gab es im ersten 30-jährigen Krieg 1618 bis 1648, der sich im Wesentlichen auf deutschem Boden abgespielt hat. Deutschland war damals lediglich ein geographischer Begriff, unscharf definiert allein durch den deutschen Sprachraum. Später kamen die Franzosen unter Louis XIV und abermals unter Napoleon. Die Schweden sind nicht ein zweites Mal gekommen; wohl aber mehrfach die Engländer und die Russen, beim letzten Mal unter Stalin.

Wenn aber die Dynastien oder die Staaten im Zentrum Europas stark waren - oder wenn sie sich stark gefühlt haben! - dann sind sie umgekehrt gegen die Peripherie vorgestoßen. Das galt bereits für die Kreuzzüge, die gleichzeitig Eroberungszüge waren, nicht nur in Richtung Kleinasien und Jerusalem, sondern ebenso in Richtung Ostpreußen und in alle drei heutigen baltischen Staaten. In der Neuzeit galt es für

den Krieg gegen Napoleon - und es galt für die drei Kriege Bismarcks 1864, 1866, 1870/71.

Das Gleiche gilt vor allem für den zweiten dreißigjährigen Krieg von 1914 bis 1945. Es gilt insbesondere für Hitlers Vorstöße bis an das Nordkap, bis in den Kaukasus, bis auf das griechische Kreta, bis nach Südfrankreich und sogar bis nach Tobruk nahe der libysch-ägyptischen Grenze. Die Katastrophe Europas, durch Deutschland provoziert, schloss die Katastrophe der europäischen Juden und die Katastrophe des deutschen Nationalstaats ein.

Zuvor hatten aber die Polen, die baltischen Nationen, die Tschechen, die Slowaken, die Österreicher, die Ungarn, die Slowenen und Kroaten das Schicksal der Deutschen geteilt, insofern sie alle seit Jahrhunderten unter ihrer geopolitisch zentralen Lage in diesem kleinen europäischen Kontinent gelitten haben. Oder anders gesagt: Mehrfach haben wir Deutschen andere unter unserer zentralen Machtposition leiden lassen.

* Hervorhebungen im Text erfolgten durch die Redaktion.

Weiter auf Seite 4 →→→

Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkranz (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,
Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße 7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin **Bruni Oehrke**; **Bruni.Oehrke@spd.de**; Regionalgeschäftsführer **Ulrich Möhrle** (01 51 - 17 86 47 80) - **ulrich.moehrle@spd.de**

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**,
Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis;
Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,
Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701;
Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de;
Mitarbeiterin **Susanne Nödinger**

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon
0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67
13, **hilde.mattheis@bundestag.de**;

Kerstin Krell, **Karl Piberhofer**, **Bettina Schulze** (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,
hilde.mattheis@wk.bundestag.de; **Matthias Genchi** - **www.hilde-mattheis.de**

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; **Keltergasse 47**,
74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu ■



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 ist überstanden. Es gibt freilich noch andere Themen im Land. Die CDU erholt sich langsam vom Tiefschlag des Regierungsverlusts und kramt immer lauter ihr urkonservatives Weltbild wieder hervor, wenn es zum Beispiel um Schule und Bildung geht. Mit allen Mitteln, auch mit denen des Schlechtredens und Diskriminierens, gehen die Konservativen gegen den Fortschritt vor. Sie erkennen in ihrer Verblendung nicht, dass wir bald weltweit die einzigen sind, die die Kinder ab der 4. Klasse auseinandersortieren. Was in der Grundschule seit je funktioniert, soll anschließend plötzlich nicht mehr gehen. Wie wenn "gemeinsam lernen" ab Klasse 5 des Teufels wäre.

Und vergessen wir nicht: Was Merkel propagiert, ist keineswegs die Lösung. Sie will "nur" Hauptschulen, denen die Leute in weiten Teilen des Landes haufenweise davonlaufen, mit den Realschulen zusammentun. Das ist Reagieren auf unumstößliche Tatsachen, aber keineswegs Änderung der elitären und zugleich reaktionären Grundeinstellung! So ziehen wir, wenn es nach der CDU geht, weiterhin Gymnasiasten, spätere Studenten und dann

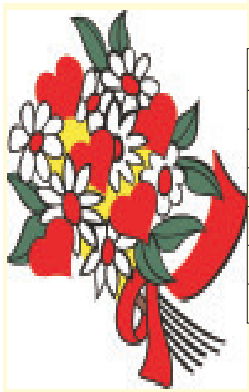
Führungskräfte heran, die von anderen sozialen Schichten als ihresgleichen oft wenig Ahnung haben bzw. auch mal ganz gerne auf "die da" runtergucken. Das geht bis hin zum früheren Ehinger Gymnasiallehrer, der Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen gerne mal als "pädagogische Hilfsbremser" titulierte. Nur wer so erzogen ist, kann glauben, dass einer mit Hartz IV noch allemal gut über die Runden kommt und dass eine Erhöhung um 5 Euro im Monat schon den Gipfel an Großzügigkeit darstellt.

Der im November neu gewählte Bundesvorsitzende der Jungen Union sagte in einem politischen Vergleich nicht (wie umgangssprachlich üblich), da gehe es zu wie bei Hempels unterm Sofa zu, sondern er verglich das Durcheinander "selbstverständlich" damit, dass es da zu gehe wie bei einem türkischen Bazar in Ankara. Das ist für mich Rassismus pur. Leuten mit so primitiven Ansichten sollten wir bis auf weiteres die Bildung unserer Kinder keineswegs überlassen! Zum Glück ist auch die CDU-Basis zuweilen einsichtiger als ihre "Öberen".

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Ludwig Dorner

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am			wird	Eintrittsjahr	Jahre
21.	1.	Rainer Mall	20	Eine längere Liste ...	
11.	1.	Dieter Volgnandt	60	Siehe Seite 13.	
2.	1.	Margret Fuchs-Ehlert	60		

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchslle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben.

Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchslle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechslle@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.



Fortsetzung von Seite 2

Heutzutage sind die konfliktierenden (miteinander in Konflikt geratenden; Red.) territorialen Ansprüche, die Sprach- und Grenzkonflikte, die noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Bewusstsein der Nationen eine sehr große Rolle gespielt haben, de facto weitgehend bedeutungslos geworden, jedenfalls für uns Deutsche.

Während im Bewusstsein der öffentlichen Meinung und in der veröffentlichten Meinung in den Nationen Europas die Kenntnis und die Erinnerung der Kriege des Mittelalters weitgehend abgesunken sind, so spielt jedoch die Erinnerung an die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und an die deutsche Besatzung immer noch eine latent dominierende Rolle.

Für uns Deutsche scheint mir entscheidend zu sein, dass fast alle Nachbarn Deutschlands - und außerdem fast alle Juden auf der ganzen Welt - sich des Holocaust und der Schandtaten erinnern, die zur Zeit der deutschen Besatzung in den Ländern der Peripherie geschehen sind. Wir Deutschen sind uns nicht ausreichend im Klaren darüber, dass bei fast allen unseren Nachbarn wahrscheinlich noch für viele Generationen ein latenter Argwohn gegen die Deutschen besteht.

Auch die nachgeborenen deutschen Generationen müssen mit dieser historischen Last leben. Und die heutigen dürfen nicht vergessen:

Es war der Argwohn gegenüber einer zukünftigen Entwicklung Deutschlands, der 1950 den Beginn der europäischen Integration begründet hat.

Churchill hatte 1946 zwei Motive, als er in seiner großen Züricher Rede die Franzosen aufgerufen hat, sich mit den Deutschen zu vertragen und mit ihnen gemeinsam die Vereinigten Staaten Europas zu begründen: Nämlich erstens die gemeinsame Abwehr der als bedrohlich erscheinenden Sowjetunion - aber zweitens die Einbindung Deutschlands in einen größeren westlichen Verbund. Denn Churchill sah weitsichtig die Wiedererstarkung Deutschlands voraus.

Als 1950, vier Jahre nach Churchills Rede, Robert Schuman und Jean Monnet mit dem Schuman-Plan für den Zusammenschluss der westeuropäischen Schwerindustrie hervorgetreten sind, geschah dies aus dem gleichen Motiv, aus dem Motiv der Einbindung Deutschlands. Charles de Gaulle, der zehn Jahre später Konrad Adenauer die Hand zur Versöhnung geboten hat, hat aus dem gleichen Motiv gehandelt.

All dies geschah aus realistischer Einsicht in eine als möglich erachtete und zugleich befürchtete künftige Entwicklung deutscher Stärke. Nicht der Idealismus Victor Hugos, der 1849 zur Vereinigung Europas aufgerufen hat, noch irgendein Idealismus stand 1950/52 am Beginn der damals auf Westeuropa beschränkten europäischen Integration. Die damals führenden Staatsmänner in Europa und

in Amerika (ich nenne George Marshall, Eisenhower, auch Kennedy, vor allem aber Churchill, Jean Monnet, Adenauer und de Gaulle oder auch de Gasperi und Henri Spaak) handelten keineswegs aus Europa-Idealismus, sondern aus Kenntnis der bisherigen europäischen Geschichte. Sie handelten aus realistischer Einsicht in die Notwendigkeit, eine Fortsetzung des Kampfes zwischen Peripherie und deutschem Zentrum zu vermeiden. Wer dieses Ursprungsmotiv der europäischen Integration, das immer noch ein tragendes Element ist, wer dies nicht verstanden hat, dem fehlt eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lösung der gegenwärtig höchst prekären Krise Europas.

Je mehr im Laufe der 1960er, der 70er und 80er Jahre die damalige Bundesrepublik ökonomisch, militärisch und politisch an Gewicht zugenommen hat, um so mehr wurde in den Augen der westeuropäischen Staatslenker die europäische Integration zu einer Rückversicherung gegen eine abermals denkbare machtpolitische Verführbarkeit der Deutschen. Der anfängliche Widerstand z.B. Margret Thatchers oder Mitterands oder Andreottis 1989/90 gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten war eindeutig begründet in der Besorgnis vor einem starken Deutschland im Zentrum dieses kleinen europäischen Kontinents.

Ich erlaube mir an dieser Stelle einen kleinen persönlichen Exkurs. Ich habe Jean Monnet zugehört, als ich an Monnets Komitee "Pour les





Fortsetzung von Seite 4

États-Unis d'Europe" beteiligt war. Das war 1955. Für mich ist Jean Monnet einer der weitestblickenden Franzosen geblieben, die ich in meinem Leben kennengelernt habe - in Sachen Integration übrigens auch wegen seines Konzepts des schrittweisen Vorgehens bei der Integration Europas.

Ich bin seither aus Einsicht in das strategische Interesse der deutschen Nation, nicht aus Idealismus, ein Anhänger der europäischen Integration, ein Anhänger der Einbindung Deutschlands geworden und geblieben. (Das hat mich damals zu einer für Kurt Schumacher ganz belanglosen, für mich aber, damals gerade 30 Jahre alter Kriegsheimkehrer, zu einer sehr ernst zu nehmenden Kontroverse mit meinem von mir hoch verehrten Parteivorsitzenden geführt.) Es hat mich in den 1950er Jahren zur Bejahung der Pläne des damaligen polnischen Außenministers Rapacki geführt. Zu Beginn der 60er Jahre habe ich dann ein Buch gegen die offizielle westliche Strategie der nuklear-strategischen Vergeltung geschrieben, die damals von Seiten der NATO der mächtigen Sowjetunion angedroht wurde, in die wir damals wie auch heute eingebunden waren.

Die Europäische Union ist notwendig.

De Gaulle und Pompidou haben in den 1960er und frühen 1970er Jahren die europäische Integration fortgesetzt, um Deutschland einzubinden - nicht aber wollten sie auch ihren eigenen Staat auf Gedeih und Verderb einbinden. Danach hat das gute Verständnis zwischen Giscard

d'Estaing und mir zu einer Periode französisch-deutscher Kooperation und zur Fortsetzung der europäischen Integration geführt, eine Periode, die nach dem Frühjahr 1990 zwischen Mitterrand und Kohl erfolgreich fortgesetzt worden ist. Zugleich ist seit 1950/52 die europäische Gemeinschaft bis 1991 schrittweise von sechs auf zwölf Mitgliedsstaaten gewachsen.

Dank der weitgehenden Vorarbeit durch Jacques Delors (damals Präsident der Europäischen Kommission) haben Mitterrand und Kohl 1991 in Maastricht die gemeinsame Euro-Währung ins Leben gerufen, die dann im Jahre 2001, zehn Jahre später, greifbar geworden ist. Zugrunde lag abermals die französische Besorgnis vor einem übermächtigen Deutschland - genauer gesagt: vor einer übermächtigen D-Mark.

Inzwischen ist der EURO zur zweitwichtigsten Währung der Weltwirtschaft geworden. Diese europäische Währung ist nach innen wie auch im Außenverhältnis bisher stabiler als der amerikanische Dollar - und stabiler als die D-Mark in ihren letzten 10 Jahren gewesen ist.

Alles Gerede und Geschreibe über eine angebliche "Krise des Euro" ist leichtfertiges Geschwätz von Medien, von Journalisten und von Politikern.

Seit Maastricht 1991/92 hat sich aber die Welt gewaltig verändert. Wir haben die Befreiung der Nationen im Osten Europas und die Implosion der Sowjet-Union erlebt. Wir erleben den phänome-

nalen Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens und anderer "Schwellenländer", die man früher pauschal "Dritte Welt" genannt hat. Gleichzeitig haben sich die realen Volkswirtschaften größter Teile der Welt "globalisiert", auf Deutsch: Fast alle Staaten der Welt hängen von einander ab. Vor allem haben die Akteure auf den globalisierten Finanzmärkten sich eine einstweilen ganz unkontrollierte Macht angeeignet.

Aber zugleich - und fast unbemerkt - hat sich die Menschheit explosionsartig auf 7 Milliarden Menschen vermehrt. Als ich geboren wurde, waren es gerade mal 2 Milliarden gewesen. Alle diese enormen Veränderungen haben gewaltige Auswirkungen auf die Völker Europas, auf ihre Staaten und auf ihren Wohlstand!

Andererseits überaltern alle europäischen Nationen - und überall schrumpfen die Zahlen ihrer Bürger. In der Mitte dieses 21. Jahrhunderts werden vermutlich sogar 9 Milliarden Menschen gleichzeitig auf der Erde leben, während dann die europäischen Nationen zusammen nur noch ganze 7 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. 7 Prozent von 9 Milliarden! Bis an das Jahr 1950 waren die Europäer über zwei Jahrhunderte lang über 20 Prozent der Weltbevölkerung gewesen. Aber seit 50 Jahren schrumpfen wir Europäer - nicht nur in absoluten Zahlen sondern vor allem in Relation zu Asien, zu Afrika und Lateinamerika. Ebenso schrumpft der Anteil der Europäer am globalen Sozialprodukt, d.h. an der Wertschöpfung der ganzen Menschheit. Er wird





■■■ Fortsetzung von Seite 5

bis 2050 auf etwa 10 Prozent absinken; 1950 hatte er noch bei 30 Prozent gelegen.

Jede einzelne der europäischen Nationen wird 2050 nur noch einen Bruchteil von 1 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Das heißt: Wenn wir die Hoffnung haben wollen, dass wir Europäer eine Bedeutung für die Welt haben, dann können wir das nur gemeinsam. Denn als einzelne Staaten - ob Frankreich, Italien, Deutschland oder ob Polen, Holland oder Dänemark oder Griechenland - kann man uns am Ende nicht mehr in Prozentzahlen, sondern nur noch in Promillezahlen messen.

Daraus ergibt sich das langfristige strategische Interesse der europäischen Nationalstaaten an ihrem integrierenden Zusammenschluss. Dieses strategische Interesse an der europäischen Integration wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es ist bisher den Nationen weitestgehend noch nicht bewusst. Es wird ihnen durch ihre Regierungen auch nicht bewusst gemacht.

Falls jedoch die Europäische Union im Laufe der kommenden Jahrzehnte nicht zu einer - wenn auch begrenzten - gemeinsamen Handlungsfähigkeit gelangen sollte, so ist eine selbstverursachte Marginalisierung der einzelnen europäischen Staaten und der europäischen Zivilisation nicht auszuschließen. Ebenso wenig kann in solchem Falle das Wiederaufleben von Konkurrenz- und Prestigekämpfen zwischen den Staaten Europas ausgeschlossen werden. In solchem Falle könnte die Einbindung Deutschlands kaum

noch funktionieren. Das alte Spiel zwischen Zentrum und Peripherie könnte abermals Wirklichkeit werden.

Der Prozess der weltweiten Aufklärung, der Ausbreitung der Rechte des einzelnen Menschen und seiner Würde, der rechtsstaatlichen Verfassung und der Demokratisierung würde aus Europa keine wirksamen Impulse mehr erhalten. Unter diesen Aspekten wird die europäische Gemeinschaft zu einer Lebensnotwendigkeit für die Nationalstaaten unseres alten Kontinents. Diese Notwendigkeit reicht über die Motive Churchills und de Gaulles. Sie reicht aber auch über die Motive Monnets und über die Motive Adenauers hinaus. Sie überwölbt heute auch die Motive Ernst Reuters, Fritz Erlers, Willy Brandts und ebenso Helmut Kohls.

Ich füge hinzu: Gewiss aber geht es dabei auch immer noch um die Einbindung Deutschlands. Deshalb müssen wir Deutschen uns Klarheit verschaffen über unsere eigene Aufgabe, unsere eigene Rolle im Rahmen der europäischen Integration.

Deutschland hat Stetigkeit und Zuverlässigkeit nötig

Wenn wir am Ende des Jahres 2011 Deutschland von außen betrachten mit den Augen unserer mittelbaren und unmittelbaren Nachbarn, dann löst Deutschland seit einem Jahrzehnt Unbehagen aus - neuerdings auch politische Besorgnis. In den allerletzten Jahren sind erhebliche Zweifel in die Stetigkeit der deutschen Politik aufgetaucht. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit der

deutschen Politik ist beschädigt.

Dabei beruhen diese Zweifel und Besorgnisse auch auf außenpolitischen Fehlern unserer deutschen Politiker und Regierungen. Sie beruhen zum anderen Teil auf der für die Welt überraschenden ökonomischen Stärke der vereinigten Bundesrepublik. Unsere Volkswirtschaft hat sich - beginnend in den 1970er Jahren, damals noch zweigeteilt - zur größten in Europa entwickelt. Sie ist technologisch, sie ist finanzpolitisch und sie ist sozialpolitisch heute eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt. Unsere wirtschaftliche Stärke und unser seit Jahrzehnten vergleichsweise sehr stabiler sozialer Frieden haben auch Neid ausgelöst - zumal unsere Arbeitslosenquote und auch unsere Verschuldungsrate durchaus im Bereich der internationalen Normalität liegen.

Allerdings ist uns nicht ausreichend bewusst, dass unsere Wirtschaft in hohem Maße sowohl in den gemeinsamen europäischen Markt integriert als auch zugleich in hohem Maße globalisiert und damit von der Weltkonjunktur abhängig ist. Wir werden deshalb im kommenden Jahr erleben, dass die deutschen Exporte nicht mehr sonderlich wachsen.

Gleichzeitig hat sich aber eine schwerwiegende Fehlentwicklung ergeben, nämlich anhaltende enorme Überschüsse unserer Handelsbilanz und unserer Leistungsbilanz. Die Überschüsse machen seit Jahren etwa 5 Prozent unseres Sozialproduktes aus. Sie sind ähnlich groß wie





Fortsetzung von Seite 6

die Überschüsse Chinas. Das ist uns nicht bewusst, weil es sich nicht mehr in DM-Überschüssen niederschlägt, sondern in Euro. Es ist aber notwendig für unsere Politiker, sich dieses Umstandes bewusst zu sein.

Denn alle unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die Defizite der anderen.

Die Forderungen, die wir an andere haben, sind deren Schulden. Es handelt sich um eine ärgerliche Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal erhobenen "außenwirtschaftlichen Gleichgewichts". Diese Verletzung muss unsere Partner beunruhigen. Und wenn es neuerdings ausländische, meistens amerikanische Stimmen gibt - inzwischen kommen sie von vielen Seiten - die von Deutschland eine europäische Führungsrolle verlangen, so weckt all dies zusammen bei unseren Nachbarn zugleich zusätzlichen Argwohn. Und es weckt böse Erinnerungen.

Diese ökonomische Entwicklung und die gleichzeitige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der Europäischen Union haben Deutschland abermals in eine zentrale Rolle gedrängt. Gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten hat die Kanzlerin diese Rolle willig akzeptiert.

Aber es gibt in vielen europäischen Hauptstädten und ebenso in den Medien mancher unserer Nachbarstaaten abermals eine wachsende Besorgnis vor deutscher Dominanz.

Dieses Mal handelt es sich nicht um eine militärisch

und politisch überstarke Zentralmacht, wohl aber um ein ökonomisch überstarkes Zentrum!

An dieser Stelle ist eine ernste, sorgfältig abgewogene Mahnung an die deutschen Politiker, an die Medien und an unsere öffentliche Meinung notwendig.

Wenn wir Deutschen uns verführen ließen, gestützt auf unsere ökonomische Stärke, eine politische Führungsrolle in Europa zu beanspruchen oder doch wenigstens den Primus inter pares (= Erster unter [scheinbar] Gleichen; Red.) zu spielen, so würde eine zunehmende Mehrheit unserer Nachbarn sich wirksam dagegen wehren. Die Besorgnis der Peripherie vor einem allzu starken Zentrum Europas würde ganz schnell zurückkehren. Die wahrscheinlichen Konsequenzen solcher Entwicklung wären für die EU verkrüppelnd. Und Deutschland würde in Isolierung fallen.

Die sehr große und sehr leistungsfähige Bundesrepublik Deutschland braucht - auch zum Schutze vor uns selbst! - die Einbettung in die europäische Integration. Deshalb verpflichtet seit Helmut Kohls Zeiten, seit 1992 der Artikel 23 des Grundgesetzes uns zur Mitwirkung "... bei der Entwicklung der Europäischen Union". Der Art. 23 verpflichtet uns für diese Mitwirkung auch zu dem "Grundsatz der Subsidiarität...". Die gegenwärtige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der EU ändert nichts an diesen Grundsätzen.

Unsere geopolitische Zentrallage, dazu unsere

unglückliche Rolle im Verlaufe der europäischen Geschichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, dazu unsere heutige Leistungsfähigkeit, all dies zusammen verlangt von jeder deutschen Regierung ein sehr hohes Maß an Einfühlungsvermögen in die Interessen unserer EU-Partner. Und unsere Hilfsbereitschaft ist unerlässlich.

Wir Deutschen haben doch unsere große Wiederaufbau-Leistung der letzten sechs Jahrzehnte auch nicht allein und nur aus eigener Kraft zustande gebracht.

Sondern sie wäre nicht möglich gewesen ohne die Hilfen der westlichen Siegermächte, nicht ohne unsere Einbettung in die europäische Gemeinschaft und in das atlantische Bündnis, nicht ohne die Hilfen durch unsere Nachbarn, nicht ohne den politischen Aufbruch im Osten Mitteleuropas und nicht ohne das Ende der kommunistischen Diktatur. Wir Deutschen haben Grund zur Dankbarkeit. Und zugleich haben wir die Pflicht, uns der empfangenen Solidarität würdig zu erweisen durch unsere eigene Solidarität mit unseren Nachbarn!

Dagegen wäre ein Streben nach einer eigenen Rolle in der Weltpolitik und das Streben nach weltpolitischem Prestige ziemlich unnütz, wahrscheinlich sogar schädlich. Jedenfalls bleibt die enge Zusammenarbeit mit Frankreich und mit Polen unerlässlich, mit allen unseren Nachbarn und Partnern in Europa.





■■■ Fortsetzung von Seite 7

Nach meiner Überzeugung liegt es im kardinalen, langfristigen-strategischen Interesse Deutschlands, sich nicht zu isolieren und sich nicht isolieren zu lassen. Eine Isolation innerhalb des Westens wäre gefährlich.

Eine Isolation innerhalb der Europäischen Union oder des Euro-Raumes wäre hochgefährlich.

Für mich rangiert dieses Interesse Deutschlands eindeutig höher als jedwedes taktische Interesse aller politischen Parteien.

Die deutschen Politiker und die deutschen Medien haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diese Einsicht nachhaltig in der öffentlichen Meinung zu vertreten.

Wenn aber jemand zu verstehen gibt, heute und künftig werde in Europa Deutsch gesprochen; wenn ein deutscher Außenminister meint, fernseh-geeignete Auftritte in Tripolis, in Kairo oder in Kabul seien wichtiger als politische Kontakte mit Lissabon, mit Madrid, mit Warschau oder Prag, mit Dublin, Den Haag, Kopenhagen oder Helsinki; wenn ein anderer meint, eine europäische "Transfer-Union" verhüten zu müssen - dann ist das alles bloß schädliche Kraftmeierei.

Tatsächlich ist Deutschland doch über lange Jahrzehnte ein Nettozahler gewesen! Wir konnten das leisten und haben es seit Adenauers Zeiten getan. Und natürlich waren Griechenland, Portugal oder Irland immer Netto-Empfänger.

Diese Solidarität mag heute der deutschen politischen Klasse nicht ausreichend bewusst sein. Aber bisher war sie selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich - und außerdem seit Lissabon vertraglich vorgeschrieben - ist das Prinzip der Subsidiarität: Das, was ein Staat nicht selbst regeln oder bewältigen kann, das muss die Europäische Union übernehmen.

Konrad Adenauer ist seit dem Schuman-Plan, aus richtigem politischen Instinkt und gegen den Widerstand sowohl Kurt Schumachers als später auch gegen den Widerstand Ludwig Erhards auf die französischen Offerten eingegangen. Adenauer hat das langfristig-strategische deutsche Interesse - trotz anhaltender Teilung Deutschlands! - richtig beurteilt. Alle Nachfolger - so auch Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder - haben die Integrationspolitik Adenauers fortgesetzt.

Alle tagespolitische, alle innenpolitische, alle außenpolitische Taktik hat nie das langfristig-strategische Interesse der Deutschen in Frage gestellt. Deshalb konnten alle unsere Nachbarn und Partner sich jahrzehntelang auf die Stetigkeit der deutschen Europapolitik verlassen - und zwar unabhängig von allen Regierungswechseln. Diese Kontinuität bleibt auch in Zukunft geboten.

Die heutige Lage der EU verlangt Tatkraft.

Konzeptionelle deutsche Beiträge waren immer selbstverständlich. Das sollte auch künftig so bleiben. Dabei sollten wir allerdings

nicht der fernen Zukunft vorgreifen. Vertragsänderungen könnten ohnehin die vor zwanzig Jahren in Maastricht geschaffenen Tatsachen, die Unterlassungen und Fehler nur zum Teil korrigieren. Die heutigen Vorschläge zur Änderung des geltenden Lissaboner Vertrages erscheinen mir für die unmittelbare Zukunft als wenig hilfreich, wenn man sich nämlich an die bisherigen Schwierigkeiten mit allseitiger nationaler Ratifikation erinnert - oder an die negativ ausgegangenen Volksabstimmungen.

Ich stimme deshalb dem italienischen Staatspräsidenten Napolitano zu, wenn er Ende Oktober in einer bemerkenswerten Rede verlangt hat, dass wir uns heute auf das konzentrieren müssen, was heute notwendig zu tun ist. Und dass wir dazu die Möglichkeiten ausschöpfen müssen, die der geltende EU-Vertrag uns gibt - besonders zur Stärkung der Haushaltsregeln und der ökonomischen Politik im EURO-Währungsraum.

Die gegenwärtige Krise der Handlungsfähigkeit der in Lissabon geschaffenen Organe der Europäischen Union darf nicht Jahre andauern! Mit der Ausnahme der Europäischen Zentralbank haben die Organe - das Europäische Parlament, der Europäische Rat, die Brüsseler Kommission und die Ministerräte - sie alle haben seit Überwindung der akuten Bankenkrise 2008 und besonders der anschließenden Staatsverschuldungskrise nur wenig an heute wirksamen Hilfen zustande gebracht.

Für die Überwindung der heutigen Führungskrise





Fortsetzung von Seite 8

der EU gibt es kein Patentrecht. Man wird mehrere Schritte benötigen, zum Teil gleichzeitig, zum Teil nacheinander. Man wird nicht nur Urteilskraft und Tatkraft benötigen, sondern auch Geduld! Dabei dürfen konzeptionelle deutsche Beiträge sich nicht auf Schlagworte beschränken. Sie sollten nicht auf dem Fernseh-Marktplatz, sondern stattdessen vertraulich im Rahmen der Gremien der Organe der EU vorgetragen werden. Dabei dürfen wir Deutsche weder unsere ökonomische noch unsere soziale Ordnung, weder unser föderatives System noch unsere Haushalts- und Finanzverfassung den europäischen Partnern als Vorbild oder als Maßstab vorstellen, sondern lediglich als Beispiele unter mehreren verschiedenen Möglichkeiten.

Für das, was Deutschland heute tut oder unterlässt, tragen wir alle gemeinsam die Verantwortung für die zukünftigen Wirkungen in Europa. Wir brauchen dafür europäische Vernunft.

Wir brauchen aber Vernunft nicht allein, sondern ebenso ein mitfühlendes Herz gegenüber unseren Nachbarn und Partnern.

In einem wichtigen Punkt stimme ich mit Jürgen Habermas überein, der jüngst davon gesprochen hat, dass - ich zitiere - "...wir tatsächlich jetzt zum ersten Mal in der Geschichte der EU einen Abbau von Demokratie erleben!!" (Ende des Zitats). In der Tat: Nicht nur der Europäische Rat inklusive seiner Präsidenten, ebenso die Europäische Kommission inklusive ihres Präsi-

denten, dazu die diversen Ministerräte und die ganze Brüsseler Bürokratie haben gemeinsam das demokratische Prinzip beiseite gedrängt! Ich bin damals, als wir die Volkswahl zum Europäischen Parlament einführten, dem Irrtum erlegen, das Parlament würde sich schon selbst Gewicht verschaffen. Tatsächlich hat es bisher auf die Bewältigung der Krise keinen erkennbaren Einfluss genommen, denn seine Beratungen und Entschlüsse bleiben bisher ohne öffentliche Wirkung.

Deshalb möchte ich an Martin Schulz (Sprecher der europäischen Sozialdemokraten im Europ. Parlament; Red.) appellieren: Es wird höchste Zeit, dass Sie und Ihre christdemokratischen, Ihre sozialistischen, liberalen und grünen Kollegen, sich gemeinsam, aber drastisch zu öffentlichem Gehör bringen. Wahrscheinlich eignet sich das Feld der seit der G20 im Jahre 2008 abermals völlig unzureichend gebliebenen Aufsicht über Banken, Börsen und deren Finanzinstrumente am besten für einen solchen Aufstand des Europäischen Parlaments.

Tatsächlich haben einige zigtausend Finanzhändler in USA und in Europa, dazu einige Ratingagenturen, die politisch verantwortlichen Regierungen in Europa zu Geiseln genommen. Es ist kaum zu erwarten, dass Barack Obama viel dagegen ausgerichtet wird. Das Gleiche gilt für die britische Regierung. Tatsächlich haben zwar die Regierungen der ganzen Welt im Jahr 2008/2009 mit Garantien und mit dem Geld der Steuerzahler die Banken gerettet. Aber schon seit 2010

spielt diese Herde von hochintelligenten, zugleich psychoseanfälligen Finanzmanagern abermals ihr altes Spiel um Profit und Bonifikation. Ein Hazardspiel (Glücksspiel; Red.) zu Lasten aller Nicht-Spieler, das Marion Dönhoff und ich schon in den 1990er Jahren als lebensgefährlich kritisiert haben.

Wenn sonst keiner handeln will, dann müssen die Teilnehmer der EURO-Währung handeln. Dazu kann der Weg über den Artikel 20 des geltenden EU-Vertrages von Lissabon gehen. Dort ist ausdrücklich vorgesehen, dass einzelne oder mehrere EU-Mitgliedsstaaten "...untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit begründen".

Jedenfalls sollten die an der gemeinsamen EURO-Währung beteiligten Staaten gemeinsam für den EURO-Raum durchgreifende Regulierungen ihres gemeinsamen Finanzmarktes ins Werk setzen.

Von der Trennung zwischen normalen Geschäftsbanken und andererseits Investment- und Schattenbanken bis zum Verbot von Leerverkäufen von Wertpapieren auf einen zukünftigen Termin, bis zum Verbot des Handels mit Derivaten, sofern sie nicht von der offiziellen Börsenaufsicht zugelassen sind - und bis hin zur wirksamen Einschränkung der den EURO-Raum betreffenden Geschäfte der einstweilen unbeaufsichtigten Ratingagenturen. Ich will Sie, meine Damen und Herren, nicht mit weiteren Einzelheiten belasten.





■■■ Fortsetzung von Seite 9

Natürlich würde die globalisierte Bankenlobby abermals alle Hebel dagegen in Bewegung setzen. Sie hat ja schon bisher alle durchgreifenden Regulierungen verhindert. Sie hat für sich selbst ermöglicht, dass die Herde ihrer Händler die europäischen Regierungen in die Zwangslage gebracht hat, immer neue "Rettungsschirme" erfinden zu müssen - und sie durch "Hebel" auszuweiten. Es wird hohe Zeit, sich dagegen zu wehren. Wenn die Europäer den Mut und die Kraft zu einer durchgreifenden Finanzmarkt-Regulierung aufbringen, dann können wir auf mittlere Sicht zu einer Zone der Stabilität werden. Wenn wir aber hier versagen, dann wird das Gewicht Europas weiter abnehmen - und die Welt entwickelt sich in Richtung auf ein Duumvirat (Herrschaft von Zweien; Red.) zwischen Washington und Peking.

Für die unmittelbare Zukunft des EURO-Raumes bleiben gewisslich all die bisher angekündigten und angedachten Schritte notwendig. Dazu gehören die Rettungsfonds, die Verschuldungsobergrenzen und deren Kontrolle, eine gemeinsame ökonomische und fiskalische Politik, dazu eine Reihe von jeweils nationalen steuerpolitischen, ausgabenpolitischen, sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Reformen. Aber zwangsläufig wird auch eine gemeinsame Verschuldung unvermeidbar werden. Wir Deutschen dürfen uns dem nicht national-egoistisch verweigern.

Wir dürfen aber auch keineswegs für ganz Europa eine extreme

Deflationspolitik propagieren. Vielmehr hat Jacques Delors (französischer sozialdemokratischer Europapolitiker; Red.) recht, wenn er verlangt, mit der Gesundung der Haushalte zugleich wachstumsfördernde Projekte einzuleiten und zu finanzieren. Ohne Wachstum, ohne neue Arbeitsplätze kann kein Staat seinen Haushalt sanieren. Wer da glaubt, Europa könne durch Haushaltseinsparungen allein gesund werden, der möge gefälligst die schicksalhafte Wirkung von Heinrich Brünnings Deflationspolitik 1930/32 studieren. Sie hat eine Depression und ein unerträgliches Ausmaß an Arbeitslosigkeit ausgelöst und damit den Untergang der ersten deutschen Demokratie eingeleitet.

An meine Freunde

Zum Schluss, liebe Freunde! Eigentlich muss man nicht so sehr den Sozialdemokraten internationale Solidarität predigen. Denn die deutsche Sozialdemokratie ist seit anderthalb Jahrhunderten internationalistisch gesonnen - in viel höherem Maße als Generationen von Liberalen, von Konservativen oder von Deutsch-Nationalen. Wir Sozialdemokraten haben zugleich an der Freiheit und an der Würde jedes einzelnen Menschen festgehalten. Wir haben zugleich festgehalten an der repräsentativen, der parlamentarischen Demokratie. Diese Grundwerte verpflichten uns heute zur europäischen Solidarität.

Gewiss wird Europa auch im 21. Jahrhundert aus Nationalstaaten bestehen, jeder mit seiner eigenen Sprache und mit seiner eigenen

Geschichte. Deshalb wird aus Europa gewiss kein Bundesstaat werden. Aber die Europäische Union darf auch nicht zu einem bloßen Staatenbund verkommen. Die Europäische Union muss ein dynamisch sich entwickelnder Verbund bleiben. Es gibt dafür in der ganzen Menschheitsgeschichte kein Beispiel. Wir Sozialdemokraten müssen zur schrittweisen Entfaltung dieses Verbundes beitragen.

Je älter man wird, desto mehr denkt man in langen Zeiträumen. Auch als alter Mann halte ich immer noch fest an den drei Grundwerten des Godesberger Programms: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Dabei denke ich übrigens, dass heute die Gerechtigkeit vor allem auch Chancengleichheit für Kinder, für Schüler und für junge Leute insgesamt verlangt.

Wenn ich zurückschaue auf das Jahr 1945 oder zurückschauen kann auf das Jahr 1933 - damals war ich gerade 14 Jahre alt geworden -, so will mir der Fortschritt, den wir bis heute erreicht haben, als fast unglaublich erscheinen. Der Fortschritt, den die Europäer seit dem Marshall-Plan 1948, seit dem Schuman-Plan 1950, den wir dank Lech Walesa und Solidarnosz, dank Vaclav Havel und der Charta 77, den wir dank jener Deutschen in Leipzig und Ostberlin seit der großen Wende 1989/91 heute erreicht haben.

Wenn heute der größte Teil Europas sich der Menschenrechte und des Friedens erfreut, dann hatten wir uns das weder 1918 noch 1933 noch 1945 vorstellen können. Lasst uns deshalb





Fortsetzung von Seite 10

dafür arbeiten und kämpfen, Europäische Union aus ihrer standfest und selbstbewusst
 dass die historisch einmalige gegenwärtigen Schwäche hervorgeht! ■

Anmerkungen zu Helmut Schmidts Rede

Ursprünglich wollte ich nur einige Auszüge aus Helmut Schmidts Rede veröffentlichen. Aber bei der Lektüre kam mir alsbald die Frage "Wo anfangen und wo aufhören?". Eines greift ins andere. Eine Schlussfolgerung ist ohne die vorausgegangene Begründung nicht nachvollziehbar. Und seine Blicke in die Geschichte ohne Bezug zur Gegenwart und nahen Zukunft wären wenig hilfreich. So habe ich mich nach einiger Überlegung entschlossen, die Rede als Ganzes im Roten Fuchse darzustellen. Dafür entfallen zum (Platz-)Ausgleich einige gewohnte Rubriken für dieses Mal. (Die Haushaltsrede von Günter Neubauer sollte in dieser Ausgabe auch noch untergebracht werden. Die Rede von Georg Mangold zum Ehinger Haushalt ist für die nächste Ausgabe vorgesehen.)

Vor einiger Zeit habe ich - und ich denke auch mit gutem Grund - der SPD ein zu geringes Interesse an Europa vorgehalten. Darin war der Altkanzler durchaus inbegriffen. Er war mir allezeit zu sehr am Nordatlantischen orientiert: USA, Kanada, Großbritannien. Dabei ist mir durchaus bewusst, dass Helmut Schmidt auch Kontakte zu Frankreich pflegte. Aber es war mir alles zu wenig wirklich von Herzen europäisch gesonnen, bei ihm wie bei der ganzen SPD. Auch Altvater Willy B. hat bei aller meiner großen Bewunderung für seine Ostpolitik (was auch etwas Europäisches war, durchaus), insgesamt in meinen Augen zu wenig erkennbaren Eifer für den gesamteuropäischen Gedanken an den Tag gelegt.

Ich war gegen die Verlegung der Bundeshauptstadt nach Berlin. Meine Befürchtung war, dass die vielen deutsch-national Gesonnenen Oberwasser suchen und gewinnen würden - siehe Helmut Schmidts Rede, wenn er entsprechende Großmäuligkeit anprangert. Ich bin vom Nutzen des Umzugs an die Spree wieder durchaus weniger überzeugt als zwischenzeitlich mal.

Nicht ohne Grund beschreibt Helmut Schmidt Ängste unserer Nachbarn - rundum - vor einer Großmacht Deutschland. Journalisten, Medien und manche Politiker außerhalb unserer Grenzen machen kein Hehl daraus. Garstige Bilder - Merkel als Hitlerfigur verfremdet - machen die Runde. Es werden uralte Ängste wach und teils auch geschürt. Sehr wenig hilfreich ist, dass es millionenfach gelesene deutsche Boulevardblätter gibt - es sind die mit den großen Buchstaben - die regelrecht Volksverhetzung gegen Griechenland usw. betreiben. Das kommt im europäischen Umfeld "hervorragend" an: "Deutschland über alles"! Man erinnert sich ...

Ich bin Helmut Schmidt äußerst dankbar, dass er die Situation so klar beschreibt. Und ich bin erst recht dankbar, dass er uns NICHT empfiehlt, den großen Macho zu spielen, der den anderen vorgibt, was zu tun sei. Am deutschen Wesen soll die Welt eben NICHT (mehr) genesen. Ich bin Helmut Schmidt auch sehr dankbar, wenn er sagt, dass das Leben in Europa ein gegenseitiges Geben und Nehmen war und weiter sein muss. Er begründet dies auch ausführlich. Dem ist aus meiner Warte nichts hinzuzufügen.

Hoffentlich finden viele unserer Leserinnen und Leser in den Tagen des Jahreswechsels Zeit und Muße, die Rede des früheren Bundeskanzlers auf sich wirken zu lassen. Sie ist ein flammender Appell an uns alle, innerhalb und außerhalb unserer Partei, nur ja den europäischen Gedanken nicht aus den Augen zu verlieren. Das kann sich auch im Kleinen zeigen: In Frankreich gibt es kaum ein Rathaus, selbst im hintersten Dörflein, in dem nicht neben der Trikolore auch die Europafahne (die mit dem Sternenkrantz) aufgezogen ist. Wo sehen wir dies bei uns? Da hören Welt und Denken spätestens beim Bundesadler auf. Europa muss uns allen (allen!) ein wichtiges Thema und, bei allen Vernunftgründen, die Helmut Schmidt anführt, auch eine Herzensangelegenheit sein. Sind denn 60 Jahre Frieden nichts???

Es gibt nur EINEN Punkt, in dem ich dem Redner widerspreche: Ich habe sehr wohl die Vision, dass Europa einmal zu den Vereinigten Staaten von Europa (USE oder so) werden müsse. Wegen dieser Vision, die ich sicher nicht mehr erleben werde, möchte ich auch nicht zum Psychiater gehen müssen oder wollen. Aber selbst ein altgedienter und (inzwischen) hochverehrter Altbundeskanzler muss ja nicht in gar allem zu hundert Prozent Recht behalten. 99,5% reichen (mir) auch ... Ludwig Dorner ■





SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

Automaten-Glücksspiel führt zu Problemen

Zu dem von der SPD eingebrachten Antrag über Maßnahmen zur Bekämpfung der Glücksspielsucht erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, dass gesetzliche Regelungen dringend benötigt werden. Auch in Ulm ist zu erkennen, dass das Automaten-Glücksspiel zunehmend zu Problemen führt. "Es ist wichtig, dass endlich Maßnahmen getroffen werden, die dem immer weiter ausufernden Glücksspiel Einhalt gebieten" so die Bundestagsabgeordnete.

Gerade für Spielhallen, die vielerorts wie Pilze aus dem Boden schießen, sieht Mattheis dringenden Handlungsbedarf. Daher fordert die Bundestagsabgeordnete:

"Kommunen müssen mit Rechtsmitteln ausgestattet werden, um sich gegen den Wildwuchs der Spielhallen wehren zu können". Sie verweist auf den Söflinger Klosterhof in Ulm. Hier soll in einem traditionsreichen Stadtteilzentrum, welches unter Denkmalschutz steht, eine Spielhalle eröffnet werden. Da der Klosterhof ein Mischgebiet ist, hat die Stadt keine Rechtsmittel, gegen die Pläne vorzugehen.

Daher unterstützt Hilde Mattheis auch die Bestrebungen der baden-württembergischen Landesregierung, Spielhallen nicht weiter im Gewerberecht, sondern im Glücksspielrecht zu führen. Sie hofft, dass ähnlich klare Signale auch von der Debatte im Bundestag ausgehen.

Besondere Aufmerksamkeit soll hierbei dem Jugendschutz zukommen. Aktuelle Studien legen nahe, dass sich die Anzahl der Jugendlichen, die mit Glücksspiel Erfahrungen gemacht haben, in den letzten 10 Jahren verdoppelte. Etwa 15% haben im letzten Jahr an einem Spielautomaten um Geld gespielt. Hiervon

entwickelte sich bei jedem Zehnten eine Suchtproblematik. "Es kann nicht sein, dass Glücksspielautomaten ohne Alterskontrolle zugänglich sind" betont die Bundestagsabgeordnete.

"Es ist wichtig, das Glücksspiel als gesamtgesellschaftliches Problem zu verstehen und hierauf adäquate Antworten zu finden", so Hilde Mattheis. Den rapiden Anstieg des Automaten-Glücksspiels verdeutlichen die Umsätze der Branche: Allein die führende Firmengruppe erwirtschaftete über 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2010 und steigerte somit den Umsatz um 22% gegenüber dem Vorjahr. ■

Hilde Mattheis MdB besucht Beltz Medical

Hilde Mattheis besuchte im November das Institut für Arbeitsmedizin Beltz Medical in Ulm. Das Unternehmen ist spezialisiert auf Präventiv-Diagnostik und Arbeitsmedizin. Hilde Mattheis konnte sich über das Angebot informieren und sich mit dem Unternehmensgründer Dr. med. Edmund Beltz austauschen. Zentrales Thema war die Stärkung der Arbeitsmedizin und die Möglichkeiten der Politik hierauf Einfluss zu nehmen.

Dr. Beltz betonte, dass immer mehr Unternehmen inzwischen realisiert haben, dass es teurer wird, wenn sie nicht vorsorgen. Frau Mattheis führte die Pläne der SPD an, ein Präventionsgesetz einzuführen und betonte die Wichtigkeit: "Das Präventionsgesetz ist von besonderer Bedeutung, da Vorbeugung die effektivste Methode ist, die Gesundheit der Bevölkerung zu unterstützen", so die Bundestagsabgeordnete. Diese Meinung teilt auch Dr. Beltz und sagt, dass ein Gesetz dringend notwen-

dig ist: "Zum Wohle unseres Landes sollte per Gesetz der Arbeitsschutz stärker geregelt sein, dies ist kein Luxus, dies ist notwendig". Das Vorhaben der SPD, einen Fonds für Arbeitsschutz im Präventionsgesetz zu verankern, sieht Dr. Beltz als einen wichtigen Schritt an. Auch das Thema Burn-out wurde angesprochen. In der Firma Beltz Medical ist in den letzten Jahren eine Zunahme der Fälle zu verzeichnen. Immer jüngere Patienten kommen mit dieser Symptomatik in Behandlung.

Das Unternehmen Beltz Medical wurde im Jahr 2008 gegründet und hat seinen Sitz in Ulm. ■



Mitgliedschafts-Jubilare im Januar 2012

Wir gratulieren zur runden oder hohen Zahl an Jahren der Mitgliedschaft

- Ingrid Krell 46 Jahre
- Georg Mangold 41 Jahre
- Adelheid Widmann 40 Jahre
- Georg Schreiber 42 Jahre
- Gerhard Tessin 32 Jahre
- Rosemarie Bauer 38 Jahre
- Christa Rinker 40 Jahre
- Manfred Kistler 41 Jahre
- Margret Fuchs-Ehlert 39 Jahre
- Lutz Deckwitz 41 Jahre
- Josef Kneer 38 Jahre

Am 15. 11. 2011

Beinahe ein Glas Wein auf die Kanzlerin getrunken

Ludwig Dorner



Am 15. November 2011 ging der Bundesparteitag der CDU zu Ende. Er stand unter dem Leitspruch "Für Europa. Für Deutschland." In dieser Reihenfolge. Das hat uns gut gefallen. Doch Leitsprüche allein genügen noch nicht. Doch sowohl von Bundesfinanzminister Schäuble (schon vor dem Parteitag) als auch von der Kanzlerin war zu hören, dass Europa jetzt dringend seine Wirtschaftspolitik reformieren müsse.

Es müssten viele Dinge in den einzelnen Ländern einander angenähert werden, meinten beide. Ja, dafür müsse und dürfe man ruhig auch auf manche bisherigen nationalstaatlichen Hoheitsrechte zugunsten gemeinsamer Regelungen verzichten. Sehr gut so!

Natürlich könnte man sagen, dafür sei es auch allerhöchste Zeit. Das hätte man schon mit der Einführung des Euro tun müssen. Stimmt gewiss. Das ist aber damals auch einer rotgrünen Bundesregierung nicht so recht in den Sinn gekommen.

Wir saßen zu zweit in unserer guten Stube, sahen die Nachrichten und anschließend noch eine Sondersendung zum CDU-Parteitag und freuten uns über dessen Erkenntnisgewinn. Wir erhoben spontan das Glas und stießen auf Angela Merkel an. Es war freilich kein Schwarzriesling, sondern ein trockener Bordeaux (rot) - Europa zuliebe.

Zu dem, was die CDU zum Mindestlohn ("Lohnunter-

grenze") beschlossen hat, haben wir dann freilich höchstens noch schmallippig am Glas genippt. Es war zwar ein prinzipieller Durchbruch für die CDU, der ihr schwer fiel, aber arg viel mehr war's noch nicht. Immerhin, wenn ein Tabu endlich fällt, kann man möglicherweise später leichter die Untergrenzen so anheben, dass Menschen, die arbeiten, auch davon leben können. Davon ist der aktuelle CDU-Beschluss nämlich noch weit entfernt. Die SPD fordert mehr!

Gar nicht anstoßen wollten wir dann auf jenes, was die Konservativen zur Schule beschlossen. Weniger störte uns, dass es ein regelrechter Eier-tanz zum Thema war. Die Hauptschule will die CDU jetzt doch vielleicht abschaffen, vor allem dort, wo es diese schon längst nicht mehr gibt oder noch gar nie gab. Oder dort, wo kaum mehr einer hinget. Wo, wie in Bayern und Baden-Württemberg, noch ein höherer Prozentsatz zur Hauptschule geht, soll sie, wenn es nach

der CDU geht, möglichst erhalten bleiben. Dumm ist nur, dass sich auch hier der demografische Wandel bemerkbar macht und die Schülerzahlen zurückgehen. Und dass auch hier der Trend weg von der Hauptschule unaufhaltsam ist, CDU-Parteitagsbeschlüsse hin oder her.

Und so ziehen die wackeren Streiter für das Ewiggestrige immer noch gegen die Gemeinschaftsschule zu Felde. Sie wollen sie schlecht machen mit einem Schmähwort aus der Zeit des Kalten Krieges, nämlich mit dem Begriff "Einheitschule" (soll natürlich - bäh! - nach DDR riechen) und wollen nicht wahrhaben, dass längeres gemeinsames Lernen (Klasse 1 bis Klasse 10) allen Vorteile bringt. Allen, also auch der ganzen Gesellschaft.

Und so tranken wir dann den Rest des Weines lieber so, ohne weiter auf die CDU und ihre Kanzlerin anzustoßen.

Wir hätten's unter besseren Umständen gern getan ... ■



Eindrücke von einer politischen Bildungsfahrt nach Berlin vom 6. - 9. Nov. 2011 (offizielle Bezeichnung: "Informationsfahrt und Tagung für politisch Interessierte")

Eingeladen von Hilde Mattheis, MdB; finanziert und organisiert vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin, besser bekannt als "Bundespresseamt"

Stephanie Bernickel

1. Reisetag, So. 6.11.:

Wir waren 49 Teilnehmer/innen aus dem Wahlkreis von Hilde Mattheis, Ulm/Alb-Donau, und den Bezirken, die sie betreut: aus der Ecke Tübingen/Rottenburg und der Balingen Gegend, die dann erst in Stuttgart in den ICE einstiegen (vier davon kamen erst 1 Stunde später in Berlin an, weil sie den ICE-Anschluss verpasst hatten). In Mannheim hieß es umsteigen in den ICE nach Berlin.

Obwohl für unsere Gruppe ein gesonderter Wagen mit reservierten Plätzen zur Verfügung stand, verursachten wir "Land-Pomeranzen" einen chaotischen Stau im Waggon, bis schließlich Koffer, Taschen und Personen verstaubt waren. (So nebenbei: So viele Schwaben und "Urschwaben" auf einem Haufen sind für einen nicht-gebürtigen Schwaben doch nicht ganz so leicht zu ertragen!) Ein Lob für die sonst häufig gescholtene Deutsche Bahn: Weder auf der Hinfahrt noch auf der Rückfahrt gab's irgendwelche Komplikationen oder Verspätungen - und Lob auch an eine andere Adresse für drei Tage Sonnenschein und milde Temperaturen; nur am Abreisetag war's unangenehm kalt und neblig. Pünktlich um 15.25 Uhr in Berlin angekommen, erwartete uns schon der Bus,

der uns im Auftrag des Bundespresseamts die ganzen Tage während der Stadtrundfahrten chauffierte und uns direkt vor den Besichtigungsorten absetzte, geführt von einem exzellenten Reiseleiter, der nicht nur mit seinem profunden Wissen glänzte, sondern uns mit seiner echt "Berliner Schnauze" zum Lachen brachte.

Die CDU-Zentrale in Berlin werde wegen der zugespitzten Form des Gebäudes "Angis Bügeleisen" genannt. Durch den 200 ha großen 'Tiergarten' mit "Stöckelwild" ging's an der "Goldelse", der Siegessäule von 1871, vorbei, über die 'Straße des 17. Juni', vorbei am Reichstag direkt auf das 'Brandenburger Tor' zu, dem Triumphbogen von 1791.

Erstes Ziel, noch bevor es zum Einchecken ins Hotel ging, war der 'Gendarmenmarkt' mit dem Schauspielhaus, dem 'Pariser Dom' und dem 'Deutschen Dom' (beides keine Kirchen); in letzterem befindet sich die ständige Ausstellung "Wege, Irrwege, Umwege - Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland", wo wir eine Führung bekamen. Ein Schwerpunkt lag auf der Dokumentation der Revolution von 1848 und ihrer Charta.

Obwohl sie von den deutschen Fürsten nieder-

geschlagen wurde, bereitete sie dennoch, wie ein Vergleich mit unserer jetzigen Verfassung zeigt, den Weg zur parlamentarischen Demokratie. Ein Frauenwahlrecht sucht man allerdings vergebens.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Kaiserreich, das 1871 in Versailles ausgerufen wurde, und der Abschaffung des 3-Klassen-Wahlrechts. Die Abschaffung betrieb Kanzler Bismarck jedoch nicht aus hehren demokratischen Motiven, sondern mit dem Kalkül, die Macht des bis dato wahlentscheidenden Bürgertums zu beschneiden, weil nun alle Wahlberechtigten nur noch eine Stimme hatten.

Dann fuhr uns der Bus zu unserem Hotel in Berlin-Schöneberg, das den vielversprechenden Namen "Castor the Vine" trägt, wo wir auch ein leckeres Abendessen bekamen.

Die Gestaltung des Abends blieb jedem selbst überlassen. Wir fuhren mit der U-Bahn zum Brandenburger Tor und spazierten 'Unter den Linden' den verschiedenen Botschaften entlang (besonders imposant die russische).

2. Reisetag, Mo. 7.11.:

Unser Reiseleiter erschien etwas verspätet und gehetzt. Auf die Frage nach dem





Fortsetzung von Seite 14

Frühstück und Waschen meinte er, er sei auf jeden Fall "frisch im Schritt". Nach dem Sicherheitscheck in arg behelfsmäßigen Containern betraten wir das "Allerheiligste" der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, das wieder herrlich instand gesetzte Reichstagsgebäude mit der imposanten neuen Glaskuppel, Sitz des Deutschen Bundestags. Zusammen mit noch anderen Besuchergruppen bekamen wir auf den Zuschauertribünen des Plenarsaals einen interessanten Vortrag über die Arbeit des Parlaments, die Sitzordnung im Plenarsaal, Informationen zum Wiederaufbau des Reichstags und zur Entscheidung, den Deutschen Bundestag von Bonn wieder in die alte Hauptstadt Berlin zu holen.

Anschließend stand uns unsere MdB, Hilde Mattheis, zusammen mit ihrer wissenschaftlichen Assistentin und einem Praktikanten Rede und Antwort über ihren gespickten Terminkalender als Parlamentarierin in der Opposition im Pendeln zwischen Terminen im Wahlkreis und den von Montag bis Freitag genau festgelegten Aufgaben in Berlin. Die Diskussion kreiste um Fragen wie Mindestlohn, Bürgerversicherung, 'Riester', Pflegeversicherung u.a.m.

Bei schönstem Wetter hieß es dann auf der Dachterrasse des Reichstags: Aufstellen zum Gruppenfoto. Wer wollte, konnte noch über den inneren Rundgang die Kuppel des Reichstags hochsteigen oder einfach nur die herrliche Aussicht, etwa auf den Amtssitz der Bundesregierung, genießen.

Nach dem Mittagessen im Restaurant 'Der Thüringer' fuhrn wir zum 'Kleisthaus', in welchem das 'Ministerium für Arbeit und Soziales' seinen Sitz hat. In einem etwas langatmigen und (bei manchen) auch ermüdenden Vortrag erfuhren wir etwas über das Budget des Ministeriums - im Gesamtetat des Bundes macht es nach wie vor den größten Teil aus - und über eine von der EU angestoßene aktuelle Kampagne des Ministeriums unter dem Titel "Behindern ist heilbar" mit einem eindrücklichen Plakatmotiv, das ganze Häuserfronten bedeckt. Es geht um eine Verbesserung für Menschen mit Behinderung mit dem Ziel eines Umdenkens in der Bevölkerung: weg von isolierter Pflege und dem reinen Fürsorge-Prinzip und hin zur "Inklusion", d.h. zu Integration und Partizipation.

Mein persönlicher Eindruck: Offenbar hatte man sich ein eher unverfängliches Thema ausgesucht und so andere brisantere Themen wie etwa das der Sozialversicherung gekonnt umschifft. In der anschließenden kurzen Zeit zur freien Verfügung gingen wir privat zum Holocaust-Denkmal, das mit seinen wuchtigen Betonquadern an einen jüdischen Friedhof erinnert. Beim Durchgehen durch die immer tiefer werdenden Gänge und die immer höher werdenden Blöcke kann man sich eines beklemmenden Eindrucks nicht erwehren, was sicher beabsichtigt ist.

Die "an politischen Gesichtspunkten orientierte" Stadtrundfahrt (Teil 1), wie es offiziell im Programm hieß, führte uns zum 'Potsdamer Platz', vorbei an der CDU-

Parteizentrale und der Berliner Philharmonie mit Halt und Fototermin am 'Checkpoint Charlie', vorbei am 'Alexanderplatz' mit dem von den Berlinern als "langer Spargel" bezeichneten Fernsehturm und wieder zurück zum Brandenburger Tor und den Botschaften 'Unter den Linden'. Zum Abendessen kehrten wir im Restaurant 'Zur Kneipe' in Berlin-Charlottenburg ein.

3. Reisetag, Di. 8.11.:

Es ging schon früh mit dem Bus los, um pünktlich um 9 Uhr am Bundespresseamt zu sein. In einem einstündigen Informationsgespräch mit einem lebhaften und schönen Mann (;-)); Red.) erfuhren wir u.a., wie viele Gruppen und Personen das Bundespresseamt im Rahmen der "Politischen Bildungsreisen" in Berlin empfängt und betreut. Es sind - sage und schreibe - 1.500 Gruppen und 100.000 Besucher/innen! Der Informationsfluss geht jedoch nicht nur einseitig vom Amt an die Besucher/innen. Es fließen auch Informationen, wo dem Bürger der Schuh drückt, zurück an die Regierungsseite und die Kanzlerin direkt. Der zweite Arbeitsschwerpunkt im Bundespresseamt liegt, wie der Name schon sagt, im Sammeln und Sichten der nationalen und internationalen Pressemeldungen, die dann auch als ganz aktuelle Tickermeldungen z. B. von Journalisten abgerufen werden können. Das Wichtigste wird zweimal täglich in der sog. "Kanzler-Mappe" gesammelt. Was ganz brenzlich und pressant ist, bekommt die Kanzlerin direkt auf ihr Handy, damit sie auch bei Empfängen oder derglei-





■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 15

chen immer auf dem neuesten Stand des politischen Geschehens ist. Von dem Etat mit 80 Millionen (aufs Ganze gesehen, ein "kleiner" Etat) entfallen 17 Millionen auf die Öffentlichkeitsarbeit. Eine weitere wichtige Aufgabe des Bundespresseamts sind die "Pressemitteilungen", die die Meinung und Haltung der Regierung zu bestimmten Themen und Anlässen wiedergeben.

Im anschließenden 2. Teil der Stadtrundfahrt fuhren wir an den noch im Bau befindlichen künftigen BND-Gebäuden auf einem riesigen Areal vorbei. Dort sollen einmal 4 ½ Tausend Menschen arbeiten! In langsamer Fahrt ging's an der Mauer-Gedenkstätte 'Bernauer Straße' vorbei, vorbei auch am Alexanderplatz und dem 'Roten Rathaus', bis wir am 'Dokumentationszentrum Topographie des Terrors' in Berlin-Kreuzberg ankamen, dem Schwerpunkt dieses Tages.

Während zweier Stunden konnte man sich selbständig oder mit Führung die düstersten Kapitel der NS-Herrschaft zu Gemüte führen: Gestapo, SS, Polizei, Himmler, Heydrich, Verfolgung von Juden und Oppositionellen (auch der führenden Sozialdemokraten

der Weimarer Republik), um nur einige Stichworte zu nennen. Draußen sah man über der Straße den auch heute noch bedrohlich wirkenden Komplex des ehemaligen Göring'schen Reichsluftfahrtministeriums.

Am Nachmittag stand der Besuch mit Führung im 'Dokumentationszentrum NS-Zwangslager' in Berlin-Schönefeld auf dem Programm. Von dem ehemaligen Barackenlager, in dem Zwangsarbeiter aus Italien und anderen westlichen und osteuropäischen Ländern (letzteren ging es besonders schlecht) in engen Verhältnissen und unter katastrophalen hygienischen Bedingungen untergebracht waren, sind doch noch ein großer Teil der Gebäude vorhanden; eine Stiftungsinitiative hat sie zur Gedenkstätte gemacht. Allein in Berlin gab es 3.000 Zwangsarbeitslager; in ganz Deutschland mussten 12.000.000 Menschen aus den von den Deutschen besetzten Gebieten und Ländern als Zwangsarbeiter in Betrieben, Rüstungsbetrieben - überhaupt überall, wo gearbeitet wurde - ihr Leben fristen. Die Zahlen, Bilder und Eindrücke von den beiden Gedenkstätten sind uns wahrlich in die Glieder gefahren. Aber Hunger

hat man trotzdem, und den konnten wir in einer gemütlichen Gaststätte im Restaurant 'Alter Fritz' in Berlin-Mitte stillen.

Am Mittwoch, 9.11., ...

... dem Abreisetag, fuhr uns der Bus zum Hauptbahnhof, wo wir unser Gepäck aufbewahren konnten. Bis zur Abfahrt am Nachmittag konnte jede(r) auf eigene Faust noch unternehmen, was er/sie wollte: zum Beispiel durch das 'Kaufhaus des Westens' (KaDeWe) flanieren oder auch Madame Tussaud's Wachsfigurenkabinett einen Besuch abstatten, wie wir es taten.

Nach einem Umsteige-Halt in Mannheim und Ausstiegs-Halt für die Balinger und Tübinger kamen wir Ulmer pünktlich um 23:06 in Ulm an.

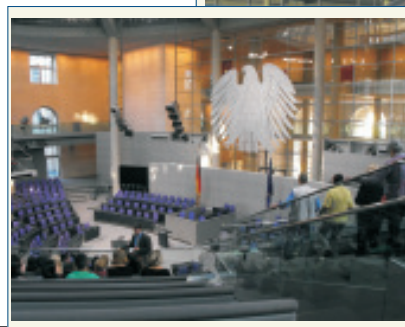
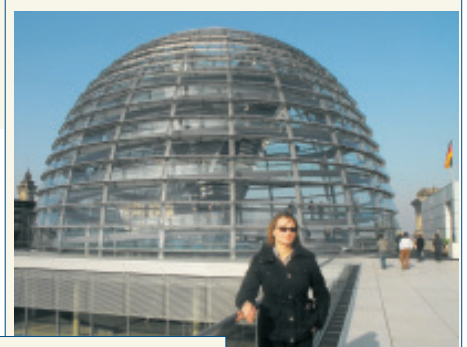
Bleibt mir nur noch, ein herzliches Dankeschön zu sagen an Hilde Mattheis für die Einladung zu dieser eindrücklichen politischen Bildungsreise nach Berlin und natürlich auch den Instanzen und Personen, die sie organisiert und finanziert haben.

Info

Wer Interesse an einer Berlinfahrt "für politisch Interessierte" hat, möge sich beim Büro Hilde Mattheis (s. "Kontakte", Seite 3) melden und ggf. auf eine Warte-liste setzen lassen. ■



Abb. (von links): Brandenburger Tor; Besuchergruppen im Bundestag; die Autorin vor der Kuppel des Reichstagsgebäudes



Fotos:

Stephanie
Bernickel



Damals im Januar

Gerhard Tessin

Vor 300 Jahren (1712): Friedrich der Große geboren

Für die einen verkörpert er den preußisch-deutschen Militarismus, für die anderen gilt er als großer Staatsmann und Reformier, der sich auch um seine Untertanen kümmerte. Friedrich der Große gehört zu den bedeutendsten, aber auch umstrittensten Persönlichkeiten der jüngeren deutschen Geschichte. Beurteilen sollte man ihn aber nicht nach den Maßstäben und dem Wissen von heute, sondern im Kontext der Verhältnisse seiner Zeit. Unbestritten ist wohl, dass er der aufgeklärteste und begabteste Monarch des 18. Jahrhunderts gewesen ist.

Als erster Sohn des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. kam Friedrich am 24.1.1712 in Berlin zur Welt. Während sein Vater, der "Soldatenkönig" und Begründer des preußischen Militär- und Beamtenstaates auf absolute Pflichterfüllung, Gehorsam und Sparsamkeit und härteste Disziplin setzte, war er, Friedrich, durch seine geistigen Neigungen in allem das Gegenteil. Er musizierte gern, las viel, verfasste Schriften und suchte geistreiche Unterhaltung. Den starren Erziehungsgrundsätzen des Vaters wollte der Sohn sich 1730 durch Flucht ins Ausland entziehen, was aber scheiterte. Sein Freund und

Helfer v. Katte wurde in Küstrin zum Tode verurteilt. Auf Geheiß des Vaters musste der Kronprinz der Hinrichtung beiwohnen. Er selbst kam für zwei Jahre in Festungshaft. Während dieser Zeit beugte er sich seinem Vater (formelle Aussöhnung) und wurde in den Staatsgeschäften sowie im Militärwesen ausgebildet. An dieser Arbeit und der Vorbereitung auf seine Regentschaft schien er allmählich Gefallen zu finden, widmete sich aber weiterhin seinen geistigen Interessen. 1733 heiratete Friedrich - aus politischen Gründen von seinem Vater gewünscht - die von ihm nie geliebte Elisabeth Christine v. Braunschweig-Bevern. Er mied seine Frau und lebte bald getrennt von ihr. In Rheinsberg richtete er 1736 seinen eigenen Hof ein. Hier traf er sich oder korrespondierte mit den Geistesgrößen seiner Zeit. Er vertiefte die Freundschaft mit dem Philosophen Voltaire und war angetan von der französischen Aufklärungsphilosophie. Friedrich vertrat die Auffassung des aufgeklärten Absolutismus: Der Fürst als erster Diener des Staates. Auch und vor allem während seiner Regentschaft rief er immer wieder Dichter, Gelehrte und Musiker in seine 1745-47 erbaute Residenz Sanssouci bei Potsdam.

Wer nun erwartete, dass

nach dem Tod des "Soldatenkönigs" 1740 ein "Philosophenkönig" folgen würde, sah sich getäuscht. Kurz nach der Thronbesteigung fiel er - nun König Friedrich II. - mit seinen preußischen Truppen unter dem Vorwand alter Erbansprüche in Schlesien ein, das zu Österreich gehörte, und konnte es im Berliner Frieden 1742 behaupten. Seine österreichische Gegnerin Maria Theresia war ebenfalls neu auf dem Thron. Dieser Waffengang war der erste der drei Schlesischen Kriege (1744/45 und 1756-1763 = Siebenjähriger Krieg). Im letzten stand Preußen kurz vor dem Zusammenbruch. Durch den Frontwechsel des neuen russischen Zaren Peters III. - ein Bewunderer Friedrichs - kam es aber zur Wende. Trotz schwerer Verluste konnte Preußen die eroberten Besitzstände behaupten. Nach der 1. Teilung Polens brachte Friedrich noch Westpreußen und Posen an sich. Preußen war als europäische Großmacht etabliert.

Innenpolitisch widmete sich Friedrich den Verbesserungen des Landes. Er führte die Einwanderungspolitik seiner Vorfürsten fort, nämlich die vorteilhafte Aufnahme und Ansiedlung von Glaubensflüchtigen und anderen ausländischen Fachkräften. Eine Justizreform vereinfachte das Gerichtswesen. Er verstärkte die Förderung von Handel und Gewerbe (merkantilistische Wirtschaft *), des





■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 17

Schulwesens und der Wissenschaft. Unter Anleitung niederländischer Fachleute wurden große Gebiete an Oder und Warthe trockengelegt und besiedelt. Der König hielt religiöse Toleranz für erste Pflicht, obwohl er gerne über Religionen spöttelte ("Bei mir kann jeder nach seiner Fassung selig werden"). Wegen Hungersnöten 1770/71 in den Ostprovinzen ordnete Friedrich den Anbau der Kartoffel, die aus Amerika kam, als Grundnahrungsmittel an. Die Bauern hätte er auch gern aus der Leibeigenschaft befreit. Doch da wehrten sich die Großgrundbesitzer, weil sie befürchteten, billige Arbeitskräfte zu verlieren. Sie wurde nur auf Domänen (Staatsgütern) aufgehoben.

Auch die Abschaffung der Folter wurde nicht immer und überall befolgt. Im Jahre 1776 übertrug Friedrich den Namen Preußen auf das gesamte Land. Er nannte sich nicht mehr König in Preußen (wie sein Großvater, dessen Krönung 1701 in Königsberg als Geburtstag Preußens gilt), sondern König von Preußen.

Mit zunehmendem Alter wurde Friedrich, der an allen Kriegen als genialer Strategie teilnahm und längst der "Große" genannt wurde, krank und gebrechlich. Verbittert und einsam zog er sich immer mehr zurück auf seine Residenz Schloss Sanssouci. Allein im Park wandelnd, gestützt auf seinen Krückstock, so, als der "Alte Fritz", lebt er im Gedächtnis fort. Hier starb der König am 17.8.1786. Statt wie gewünscht auf Sanssouci "beim Schein einer Laterne ganz schlicht" bestattet zu werden,

geschah dies in der Potsdamer Garnionskirche. Erst nach der Wiedervereinigung wurde sein Grab nach Sanssouci verlegt. Sein Sarkophag und der seines Vaters wurden 1991 von der Stamburg Hohenzollern - wohin sie kurz vor Kriegsende gebracht wurden - nach Potsdam überführt.

* Merkantilismus: Wirtschaftspolitische Lehre des absolutistischen Staates mit dem Ziel der Beseitigung von Zollgrenzen, Vereinheitlichung von Maßen und Gewichten, Ausbau der Verkehrswege.

Vor 100 Jahren (1912): "Hungerwahlen"

Die Reichstagswahlen vom 12. Januar gingen als "Hungerwahlen" in die Geschichte ein. Sie standen unter dem Zeichen von Lebensmittelknappheit und hoher Preise. Ursache war die Missernte von 1911. Die Wahlen kamen einem politischen Erdbeben gleich. Die Sozialdemokraten konnten ihre Mandate mehr als verdoppeln: Sie gewannen 110 Sitze und wurden stärkste Fraktion. 1907 waren es noch 43 Sitze gewesen.

Das Wahlergebnis war eine schallende Ohrfeige für Reichskanzler Behtmann Hollweg. Die konservativen Parteien und die Klerikalen (Zentrum), auf die er sich bisher stützen konnte, hatten die Mehrheit im Reichstag verloren. Deshalb umwarb er jetzt die Liberalen. Schaut man sich das Wahlergebnis an, fällt das Missverhältnis zwischen Stimmenzahl und Mandatzahl auf. Die SPD brauchte für ihre 110 Mandate 4,25 Millionen Stimmen. Das Zentrum dagegen

kam mit knapp 2 Mill. Stimmen auf 91; die Deutsch-Konservativen mit 1,12 Mill. Stimmen auf 43 Mandate. Dieses Verhältnis erklärt sich durch das seit 1871 gültige Mehrheitswahlrecht, d.h. der Kandidat, der in seinem Wahlkreis die Mehrheit hatte, war gewählt. Die Zahl der Wahlberechtigten in den Kreisen unterschied sich z. T. deutlich. So wurden die Wahlergebnisse zu Ungunsten der industriellen Ballungsräume verzerrt zugunsten der ländlich geprägten Bezirke.

Das Anwachsen der Sozialdemokratie empfanden Bürgerlich-Konservative als Bedrohung des bestehenden Systems. Interessenverbände aus Industrie, Handwerk und Landwirtschaft schlossen sich zu einem "Kartell der schaffenden Stände" zusammen, das sich gegen diese "Bedrohung" richtete. Zeitgenössische Spötter taufte das Bündnis um in "Kartell der raffenden Hände".

Vor 40 Jahren (1972): Streit um Ostverträge

Um die Ostverträge wurde weiter gestritten, und zwar nicht nur zwischen Bundesregierung und Opposition. Auch innerhalb der CDU/CSU gab es Kontroversen. Der Rechtsausschuss des Bundesrates hatte zwar die Verträge mit der UdSSR und mit Polen als mit dem Grundgesetz übereinstimmend angesehen. Teile der Opposition - hier vor allem die CSU - sprachen sich jedoch für eine Verfassungsklage aus. Die Bundesregierung habe, so die Begründung, den Forderungen der DDR zu sehr nachgegeben. So seien Erleichterungen in den Beziehungen verhindert worden. Zum Gang nach Karlsruhe war aber die Mehrheit der CDU nicht bereit.



Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchsle

Der EURO ist da!

's Rote Fuchsle begrüßt: "Europa hat sich schon lange und oft genug gehasst und zerfleischt. Da darf ruhig endlich etwas friedliches Gemeinsames einigend wirken." Zu den ersten Ländern der EURO-Zone zählen Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich (mit den meisten seiner Übersee-Départements), Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien sowie im Rahmen von Währungsunionen Andorra, Monaco, San Marino und Vatikanstadt. In einigen anderen Ländern gilt der EURO als inoffizielle oder zweite Währung.

"Liebe Leserinnen und Leser": alles weitere auf Seite 22)

Betonköpfe am Werk?

's Rote Fuchsle macht sich auch 2002 wie "seit Jahren" für Kreisverkehre in und um Ehingen stark. Es nennt neben Laupheim, Erbach und Warthausen auch Beispiele aus anderen europäischen Ländern.

Herkunfts- und Gütezeichen und die Spritzmittel

- Auszüge: "... kann der Landwirt kein Chemiker sein und muss sich auf fremde Angaben verlassen."
- Von wegen, da "weiß man, was drin ist." Doch nicht vom Vorbeilaufen am Hof!
- "Buy British!". Ein dummes Argument, als ob britische Produkte automatisch besser wären. 's Rote Fuchsle nennt das Rassismus und weiß, dass es das auch hierzulande gibt: Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch, hieß die Parole. Dass dann die Nordseekrabben zum Pulen mal schnell einen Ausflug nach Marokko machen ...
- In der Schwäbischen Zeitung vom 24.11.2001 stand wörtlich: "Auf das Feinblech hatte Bovolo (Künstlername; Red.) 'Gottes Stimme' (die gute Seite) und 'Allahs Stimme' (die böse Seite) geschrieben ..." Niemand widersprach damals der Zeitungsente! ■

(A)bgestimmt – wie?

's Rote Fuchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben, oder, dass im Berichtszeitraum keine Sitzung stattfand bzw. dass sie an der Teilnahme verhindert waren. Sie haben dies freundlicherweise aus eigenem Entschluss mitgeteilt. Danke!

Evelyne Gebhardt MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments

Di. 15. November 2011: Zum ersten Mal hat das Europäische Parlament ein Finanzprodukt, nämlich die sog. ungedeckte Kreditausfallversicherung, in Europa verboten. Das ist ein großer Erfolg für das Parlament, das sich gegen erhebliche Widerstände im Ministerrat durchgesetzt hat. Ich meine: Toll, dass wir solch ein gefährliches Spekulationsinstrument verbieten konnten. Schade nur, dass wir dies den Mitgliedsstaaten haben abringen müssen, die aus der Finanzkrise offensichtlich immer noch nicht gelernt haben. JA

Di. 15. November 2011: Am Dienstag hat das Europäische Parlament in seiner Resolution darüber entschieden, dass Ärzten, Ingenieuren, Zahnärzten und anderen Fachkräften erleichtert werden soll, im EU-Ausland arbeiten zu können. Ich meine: Das ist natürlich richtig und wichtig. Allerdings könnten wir ohne erzkonservative Handbremse bei der gegenseitigen Berufsanerkennung schon viel weiter sein. Was insbesondere noch fehlt, ist ein europäischer Berufsausweis, den wir schon lange fordern. Dennoch: JA

Do. 17. November 2011: Das Europäische Parlament stimmte am Donnerstag über eine Resolution zum Verbot von Streumunition ab und hat die restlichen, noch nicht beigetretenen Mitgliedstaaten aufgefordert, das Übereinkommen über Streumunition vom 1. August 2010 zu unterzeichnen. Gleichzeitig werden alle Mitgliedstaaten aufgefordert, den Protokollentwurf VI über Streumunition vom 26. August 2011, der das bestehende Übereinkommen auszuhebeln droht, abzulehnen. Ich meine: Libyen hat uns die schreckliche Wirkung von Streumunition doch nochmals mehr als deutlich vor Augen geführt. JA

Georg Mangold

Gemeinderat und Fraktionsvorsitzender

Anbei mein abgestimmt für die Sitzungen am 17.11.2011

Technischer Ausschuss:

Zustimmung für die Vergabe einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Schule in Risstissen.

Leistung: 36kWp Kosten: 70.170 €





Fortsetzung von Seite 19

Gemeinderat:

Zustimmung für den Verzicht auf Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet "untere Stadt". Die Erhebung und Einziehung hätte mehr Geld gekostet als der Verzicht.

Zustimmung für die Änderung des Bebauungsplans Pfisterstraße. Hier will sich die Volksbank weiterentwickeln, nachdem die BAG aufgegeben hat. Leider wird eine kleine Fläche der Pfisteranlage (ca. 100 qm) benötigt, wird aber durch neue Bäume entlang der Straße ausgeglichen; positiv: Die Volksbank wird hier ein neues modernes Gebäude erstellen, das die alten Lagerhalle der BAG schnell vergessen lassen wird.

Zustimmung Vergabe der Stromlieferung, trotz teurer und aufwändiger europaweiter Ausschreibung bleibt bei

den Lieferanten (Gott sei Dank) alles beim Alten, Innenstadt und Risstissen geht an die Ehinger Energie, andere Teilorte an die EnBW. Dass sich der Gemeinderat nur für "Graustrom" = Mix aus Kern-, fossiler, erneuerbarer Energie entschieden hat und nicht einmal für Schulen und Kindergärten reinen "Aqua-Strom" verwenden will, hat finanzielle Hintergründe, erneuerbar ist halt teurer.

Zustimmung Vergabe von Fremdreinigungsleistungen, nach vielen Diskussionen doch zugestimmt, weil mehrfach versichert wurde, dass die Reinigungskräfte nur nach Tarif, nach tatsächlich geleisteter Arbeit und richtig eingruppiert bezahlt werden.

Martin Rivoir MdL
Mitglied des Landtags

Plenarsitzungen vom 9. und 10. November 2011:

1.) Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes, Drucksache 15/631: Ja

2.) Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze, Drucksache 15/688: Ja

3.) Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zum Glückspielwesen in Deutschland (Glückspielstaatsvertrag), Drucksache 15/690: Ja

Klärle Dörner
Mitglied des Kreistags

Siehe die hier abgedruckte Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Günter Neubauer zum Kreishaushaltsplan (S. 23). ■

Der Kunde ist der Depp

Der Kunde war 40 Jahre bei seinem Arbeitgeber tätig. Auf den Tag genau gleich lange bestand auch schon seine Dienststelle. So ist es kein Wunder, dass der Kunde gebeten wurde, eine Chronik zum Jubiläum zu erstellen. Zu diesem Zweck arbeitet sich der Kunde eigens in die neueste Software des renommiertesten Herstellers der Welt ein. Er hat diese Office-Software sogar extra dafür erst noch (selber!) gekauft. Bald aber stellt er fest, dass die neue Software trotz anderer Optik gar manche Macken der Vor- und der Vorvor- und der Vor-Vor-Vorgängerversionen geerbt haben muss.

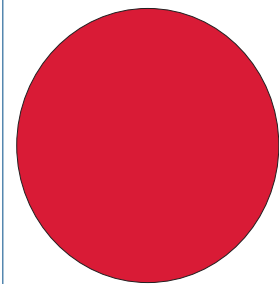
Als der Kunde eben Texte und Bilder um Seite 110 (von 130) herum überarbeitet, stürzt die ganze Chronik ab. Zuvor hatte die Software (unter Zeitverzögerungen) alle paar Minuten automatisch eine Wiederherstellungsdatei gespeichert, die in

genau solchen Fällen retten soll, was zu retten ist. So war's vom Hersteller vorgesehen, vom Kunden gewünscht und so war es eingestellt.

Dumm ist jetzt nur, es wurde gar nichts gerettet. Die Software meldete beim Versuch der Daten-Wiederherstellung lediglich, die erste Fassung dieser Chronik sei bereits am 1.1.1601 (kein Tippfehler!) verfasst worden, lasse sich aber wegen Fehler Soundso nicht wiederherstellen. Also alles nochmals von vorn! Das ist dem Kunden dabei nicht einmal passiert, sondern gleich mehrere Male. Da kommt richtig Freude auf! Zum Glück hat er (natürlich erst nach dem ersten Crash dieser Art) selber die Datei permanent alle paar Minuten unter jeweils von Hand abgeändertem Dateinamen gesichert und konnte sich wenigstens ab dann so eine jeweils fast aktuelle Fassung nach jedem erneuten Absturz wiederherstellen.

Und beim gleichen Projekt noch was, wo der Kunde wieder der Depp ist.

Er hat ein alphabetisches Stichwortregister erstellt. Dafür legt sein Textprogramm verborgene Einträge an. Eigentlich eine feine Sache. Manchmal will man den Eintrag ein bisschen abändern (Text oder Darstellung). Dazu kann man mit Klick auf das Zeichen "¶" alle (verborgenen) Texte einblenden. Natürlich brauchen die jetzt sichtbar gewordenen Texte Platz. Alles wird entsprechend verschoben, Bilder natürlich auch. Das macht eigentlich nichts. Eigentlich! Denn wenn man erneut auf "¶" klickt, werden alle vorübergehend eingeblendeten Texte ja wieder unsichtbar, und alles ist wieder am alten Platz. So sollte es eigentlich sein. Eigentlich ... In Wirklichkeit bleibt manches dauerhaft verschoben. Was man an Bild und Text mühsam hingepfriemelt hat, ist und bleibt dahin ... Schon wieder Grund genug zum herzhaft vor sich "Na-goscha", od'r it?! LD ■



Der Diens- Tags- Treff



Protokoll vom
6. Dezember 2011

Stephanie Bernickel

Zu Beginn unseres letzten Dienstagstreffs ging es unter der Rubrik "Aktuelles" um die Frage, ob die NPD im Hinblick auf die bekannt gewordenen Verbrechen des "NSU" - des "Nationalsozialistischen Untergrunds" - verboten werden sollte oder nicht. Dabei herrschte einhellig die Meinung, dass unter allen Umständen ein weiteres Scheitern des Verbotsverfahrens vermieden werden sollte. Die Analyse der aktuellen Situation zeigt, dass, so lang die fragwürdige Beteiligung von V-Männern des Verfassungsschutzes nicht eindeutig geklärt ist, die Möglichkeit zum Scheitern des Verfahrens doch sehr groß ist. Die Arbeit dieser V-Männer sollte sich auch wirklich mit der Informationsweitergabe von internen Informationen an den Verfassungsschutz beschäftigen und nicht, wie es aktuell wohl der Fall ist, mit der bewussten Zurückhaltung wichtiger Interna.

Bei der Analyse beschäftigte

uns auch die Frage, welchen Anteil Justiz und Polizei an der Tatsache hat, dass rechts-extreme Gewalttaten in der Öffentlichkeit weniger zur Kenntnis genommen werden als linksextreme Gewalttaten. Subjektiv betrachtet scheint es so, als würden Verbrechen aus der rechten Szene weniger ernst genommen und teilweise auch einfach übersehen. Denn wie konnte es möglich sein, dass bei neun Morden an türkischen und griechischen Kleinunternehmern nie in Richtung rechtsextremer Gewalttaten ermittelt wurde?

Ein weiteres Thema war eine erfreuliche Nachricht aus unserer Landeshauptstadt. Die neue grün-rote Landesregierung hat durch den "Pakt für Familien und Kinder" einen weiteren Meilenstein in unserem Bundesland auf den Weg gebracht. Konkret bedeutet dieser Pakt, dass die Kommunen zusätzliche 315 Millionen Euro für die Kleinkindbetreuung, 15 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit und 11

Millionen Euro für die Sprachförderungen von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt bekommen. Das konkrete Beispiel für die Stadt Ehingen ist meiner Meinung nach doch sehr beeindruckend. Denn für Ehingen bedeutet die Verabschiedung des Paktes eine Erhöhung des Zuschusses zur Kleinkindbetreuung von 303.000 Euro von bisher 187.000 Euro auf 490.000 Euro.

Unsere letzte Diskussion an diesem Nikolaustag beschäftigte sich mit der Zukunftswerkstatt* der Stadt Ehingen am 14. Januar 2012. An diesem Tag soll es um die Frage "Wie wollen wir in Zukunft in Ehingen leben?" gehen. Dabei werden in vier möglichen Arbeitsgruppen aus den Bereichen "Kinder", "Jugend", "Familien" und "Senioren" Vorschläge erarbeitet, die Ehingen auch in Zukunft lebenswert machen sollen. ■

*Zukunftswerkstatt

"Bei der Zukunftswerkstatt geht es ... um eine Bestandsaufnahme der Situation in Ehingen, aber auch um Ideen, wie Ehingen noch familienfreundlicher werden kann, damit die Kernstadt mit ihren Teilorten auch in Zukunft ein attraktiver Lebensmittelpunkt für Jung und Alt bleibt. Jede Idee wird dokumentiert und letztendlich dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt. (...) Einmal geht es um Kinder, Eltern und ihre Chancen in Ehingen, weiter um die Jugend in Ehingen, dann um das Älterwerden und als vierten Schwerpunkt um den Lebensraum für Familien in Ehingen. (...)" - Quelle: www.ehingen.de . Siehe auch S.28/Dienstagstreff ■



So wie nachstehend stand es vor genau zehn Jahren im Roten Fuchsle. Sehr vieles galt bis zuletzt (2011). Wenn man die Bilanz von 2002 betrachtet, wird klar: Es ist für unsere Bildungslandschaft deutlich besser, wenn jetzt die CDU mal eine ganze Zeit lang NICHT das Sagen hat.

Wir müssen entscheiden, was uns Bildung wert ist

Ludwig Dorner

Pisa — wahrlich eine schiefe Angelegenheit. Deutschlands Schüler/innen schlossen im internationalen Vergleichstest wohl auf den hinteren Plätzen ab. Manches ist schnell erklärt:

- Wir geben weniger staatliches Geld für Bildung als andere Länder aus.
 - Wir haben oft riesige Klassen in zu kleinen Räumen. Doch das juckt kein Schwein.
 - Wir haben Stütz- und Fördermaßnahmen, Freizeitangebote in den Schulen weitgehend wieder abbauen müssen: Es sind zu wenig Lehrer eingestellt.
 - Jeder Dahergelaufene darf unter großem Beifall des Fernsehpublikums ganze Berufsstände pauschal beleidigen und erniedrigen. Und dann doch höchste Motivation fordern.
 - Fortbilden sollen sich die Lehrer. Ja, nur leider fällt dann der Unterricht aus oder wird nur aushilfsweise vertreten. Das will man seinen Klassen nicht unbedingt gerne antun. Aus Berufsethos übrigens. Aber da lachen dann wieder alle.
 - Moderne Computerausstattung sollen die Kommunen beschaffen, weil wir ja so modern sind. Die Kommunen zahlen und bringen dafür große Opfer, aber das Land gibt ihnen zu wenig Gelder dafür.
 - Betriebe brauchen und leisten sich ab einer gewissen Größe auch bezahlte Computer-Netzwerk-Administratoren. Und sie wissen, warum sie dafür Geld ausgeben. Bei Schulen arbeiten sich Leute ehrenamtlich in Tag- und Nachtschichten ein. Und alle Welt lacht wieder, weil die ja eh einen Halbtagsjob und Dauerferien haben. Aber kostenlos den Depp vom Dienst machen ...
 - Ich vergesse es CDU und FDP nicht, dass sie private Rundfunk- und Fernsehsender zugelassen haben, die tagtäglich zu den besten Sendezeiten abgrundtiefen Schwachsinn ausstrahlen und die jungen Leute vom Denken und Lernen und vom Lesen sowieso abhalten. Und nachher plärrt man, dass sie's nicht können ... Abgesehen vom Weltbild dieser Kotzbrocken-Talkshows.
 - Das allseits gepriesene Entwürfen der Bildungspläne hat dazu geführt, dass der heute gültige etwa viermal so umfangreich ist wie der zu Beginn meiner Dienstzeit. Man darf auf die nächste Reform also gespannt sein.
 - Schulbücher müssen aus Gründen der Sparsamkeit mindestens 5 Jahre benutzt werden. Das heißt, sie sind inhaltlich oft bald ein Jahrzehnt alt. Es gibt Unterrichtsfächer, wo es egal ist. Aber meistens ist es nicht egal ...
- (...)
- Wir jammern über zu alte Lehrer und meinen „vertrotzelt“, aber wir haben als einziges deutsches Bundesland keine Altersteilzeit, und eben ist man dabei, das Ruhestandsalter auf 65 anzuheben.
 - Wir hatten schon einen Kultusminister, der als oberster Dienstherr der Lehrerschaft nichts Besseres wusste, als diese öffentlich in Bierzelten und anderen geeigneten Orten der Lächerlichkeit preiszugeben. Der Minister ist weg. Aber seine Partei darf weiter und ununterbrochen im Lande regieren.
 - Sagt man dies alles, und es gäbe noch weitere Argumente, heißt es, die Lehrer seien alte Jammerlappen. Und man nimmt's nicht ernst oder übel.
 - Manche Nicht-Lehrer/innen sind gar beleidigt, wenn man davon spricht. Und sie meinen, andere Berufe hätten auch ihre Sorgen — so, als ob dies jemals jemand bestritten hätte.
- Wir müssen entscheiden, was uns Bildung wert ist!
P(i)S(a) - es ist manches schief!
-

Eigentlich ist es ein ganz dicker Hund: Im Kreistag sagt Herr Traub CDU: "Die von der grün-roten Landesregierung gemachte Energiepolitik wird die Ausschüttungen der ENBW an unseren Landkreis um über 4 Mio. € reduzieren." Will heißen: RotGrün sei schuld, dass der Kreis weniger Geld bekommt. Traub unterschlägt glatt, dass die Folgen der Energiewende von der SchwarzGelben Bundesregierung bewirkt wurden. Vgl. S. 26!



Kreistag Alb-Donau-Kreis - SPD-Fraktion

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2012

Ulm, den 12.12.2011 - Es gilt das gesprochene Wort -
Günter Neubauer, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Landrat Seiffert, meine sehr geehrten Damen und Herren

Zurzeit befinden wir uns in einer guten wirtschaftlichen Situation, von der erwartet wird, dass sie sich nicht dramatisch verändert. Bei geringer Arbeitslosenzahl macht sich der Fachkräftemangel auch im Alb-Donau-Kreis immer mehr bemerkbar. Die Turbulenzen um den Euro wirken sich bisher, und darüber sind wir froh, nicht aus. Die Wirtschaft blickt vorsichtig optimistisch ins nächste Jahr. Das war in der jüngeren Vergangenheit schon anders.

Der Verwaltungshaushalt steigt insgesamt um 3,4% auf 16,2 Mio €. Es gibt in diesem Haushaltsplan aber Einnahmeausfälle, deren Kompensation schwierig ist. Ich spreche damit von der um 4,2 Mio € geringeren Zuweisung der OEW. In Ihrer Rede, Herr Landrat, sprachen Sie von "unerwarteten Einnahmeausfällen", unter anderem als Folge der Energiewende. Aber gänzlich unerwartet sind die niedrigeren Ausschüttungen wohl nicht.

In Ihrer Haushaltsrede vom Vorjahr führten Sie, Herr Landrat, aus: "Es ist mehr als zweifelhaft, ob uns die Ausschüttung in dieser Höhe dauerhaft erhalten bleiben wird". Diese unsicheren Aussichten in Bezug auf die OEW-Ausschüttung wurden in den Ausschussberatungen des letzten Jahres als Haushaltsrisiko für die nächsten

Jahre bezeichnet. Nun ist dieses Risiko also eingetreten.

Uns bleibt die Verpflichtung, trotz der geringeren Ausschüttung eine gute Aufgabenerledigung des Landkreises zu ermöglichen. Dafür ist es notwendig, die Kreislage im nächsten Jahr zu erhöhen. Der von der Kreisverwaltung vorgeschlagenen maßvollen Erhöhung auf 27% stimmen wir zu.

Den Einnahmeausfällen stehen aber auch vermehrte Einnahmen aus anderen Quellen gegenüber. Der Landkreis erhält fast 900 T€. € zusätzliche Landeszuweisungen in den Bereichen Schülerbeförderung, Kleinkindbetreuung und Schulsozialarbeit. Eine Änderung der Landeszuschüsse in diesen Bereichen war lange überfällig und von uns immer wieder angemahnt. Die neue Landesregierung setzt hier den Koalitionsvertrag konsequent um. Nicht unerwähnt will ich lassen, dass auch die Städte und Gemeinden des Alb-Donau-Kreises von dem neuen Pakt für Familien und Kinder, der zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden geschlossen wurde, profitieren. In Summe erhalten sie im kommenden Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von 3,6 Mio €.

Steigenden Einnahmen stehen aber auch Steigerungen auf der Ausgabenseite gegenüber. Die Steigerung der Ausgaben führt zu einer niedrigeren Zuweisung zum

Vermögenshaushalt und damit zu einem insgesamt geringeren Investitionsvolumen und zu einer Erhöhung der Verschuldung. Der Vermögenshaushalt, der mit 19,1 Mio € nur ca. 12% des Verwaltungshaushaltes beträgt, verringert sich zum Vorjahr um 11,5%: Der Investitionsplan und der Finanzplan der nächsten Jahre machen noch mal deutlich, wie gering der finanzielle Spielraum des Landkreises in den nächsten Jahren sein wird.

Sie, Herr Landrat, sprachen von einem "notwendigen langsameren Tempo bei den Investitionen". Dies ist auch nach unserer Ansicht für einen überschaubaren Zeitraum vertretbar. Ein solch langsames Tempo darf aber nicht dazu führen, dass dringend Notwendiges nicht in Angriff genommen oder auf eine zu lange Bank geschoben wird. Damit wird es aller Erfahrung nach später nur teurer.

Aus unserer Sicht gibt es einige wichtige "Baustellen", die trotz der angespannten Finanzlage in unserem Blickfeld bleiben sollten.

Sorgen bereitet uns der Senergetische Zustand der Valckenburgschule. Wie wir alle wissen: Mit kleineren Maßnahmen ist keine grundlegende Verbesserung zu erzielen. Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, wie lange wir noch die hohen Energiekosten tragen wollen, oder ob nicht eine große





Fortsetzung von Seite 23

Lösung die wirtschaftlichere Alternative sein würde.

Ein anderer Umstand verdient ebenso unsere Aufmerksamkeit. Viele Seniorenwohnungen im Bestand der Kreisbaugesellschaft entsprechen in ihren Bad- und Sanitärbereichen nicht den Anforderungen an Barrierefreiheit. Die Benutzung einer Badewanne ist für viele ältere Menschen schlicht unmöglich. Nötig wäre eine Modernisierung der Seniorenwohnungen in diesen Bereichen. Wir stellen uns vor, dass nach einer Situationsaufnahme im Bestand bald eine Planung zum schrittweisen Umbau erarbeitet und umgesetzt wird.

Kreiskrankenhäuser

Fast die Hälfte aller Mittel des Vermögenshaushaltes, ca. 8,5 Mio €, werden als Investitionszuschüsse an die Krankenhaus GmbH fließen. Auch hier wurde gegenüber den Planungen des Vorjahres gestreckt. Begonnene Vorhaben können aber sinnvoll abgeschlossen werden.

Die Kreiskrankenhäuser des Alb-Donau-Kreises haben sich gut entwickelt und sind weiterhin gut aufgestellt. Trotzdem ist es ihnen aber nahezu unmöglich geworden, ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erwirtschaften.

Die in Berlin gesetzten Rahmenbedingungen führen dazu, dass Tarifierhöhungen fast vollständig zu Lasten der Krankenhäuser gehen. Wir sind der Überzeugung, dass, um die wohnortnahe medizinische Versorgung in der Fläche sicherzustellen, die Gesundheitspolitik in diesem Bereich überdacht und geändert werden muss.

Die in unseren Kreiskrankenhäusern entstandenen Betriebsverluste sind wesentlich mitbestimmt durch die angesprochenen äußeren Einflüsse. Der Übernahme der entstandenen Betriebsverluste durch den Landkreis stimmen wir ausdrücklich zu. Der Erhalt der wohnortnahen Versorgung im Landkreis ist uns wichtig.

Sozialbereich / Sozialhaushalt

Im Sozialhaushalt haben wir es seit langem mit steigenden Ausgaben zu tun. Dies ist auch ein Beleg dafür, dass ein großer Teil der Menschen im Alb-Donau-Kreis nicht von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitiert. Immer mehr Menschen bedürfen der Eingliederungshilfe, um ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Der Anstieg der Fallzahlen hat unterschiedliche Ursachen. Unsere gesellschaftspolitische Aufgabe ist es aber, diese Menschen zu unterstützen und ihnen zu helfen. Die Umsetzung des gemeinsamen Teilhabeplans des Landkreises und der Stadt Ulm hat schon viele Verbesserungen mit sich gebracht.

Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich und unterstützen es, dass der Teilhabeplan im nächsten Jahr fortgeschrieben werden soll.

Sorgen macht uns der stark angestiegene Bedarf bei der Heimunterbringung von Jugendlichen. Es wäre wünschenswert, wenn die Landkreisverwaltung einmal in einem Bericht die Hauptgründe für diesen Anstieg sowie für weitere Möglichkeiten von Prävention aufzeigen würde.

Ein Teil der Prävention wird aus unserer Sicht

auch von Schulsozialarbeit geleistet. Den Einstieg in die Förderung durch den Landkreis haben wir schon im letzten Jahr begrüßt. Nun freuen wir uns, dass endlich auch die Schulsozialarbeit durch eine teilweise Kostenübernahme durch das Land unterstützt wird.

Unterstützung können insbesondere bedürftige Kinder auch durch das Teilhabepaket des Bundes erhalten. In der Umsetzung hat sich aber bisher leider kein großer Erfolg eingestellt. Im Landkreis machten trotz großer Bemühungen unseres Sozialdezernates nur 38% der Berechtigten bisher Gebrauch von dieser Unterstützung. Die genauen Ursachen hierfür sind nicht bekannt. Die komplizierte Bürokratie ist aber sicher eine Ursache. Wenn wir wollen, dass die Hilfe bei den Betroffenen ankommt, sollten wir danach trachten, unnötige bürokratische Hürden abzubauen.

Auf eine Besonderheit möchte ich in diesem Zusammenhang hinweisen: Kinder von Asylbewerbern sind entsprechend der geltenden Gesetzeslage während der ersten 48 Monate, also für 4 Jahre, ihres Aufenthaltes in Deutschland von dem Bezug solcher Leistungen ausgeschlossen. Das halten wir für sozial ungerecht. Wir würden es begrüßen, wenn die Landkreisverwaltung uns darüber informieren würde, wie groß die Zahl der Betroffenen ist und welche Möglichkeiten der freiwilligen Unterstützung in diesem Bereich ergriffen werden könnten.

Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung

Im Rahmen der Vorberatungen zu diesem Haushalt



Fortsetzung von Seite 24

nahmen die Wirtschaftsförderung und die Tourismusförderung einen großen Platz ein. Wir begrüßen es, dass der Landkreis weiter das Technologie-Förderungsunternehmen, die TFU GmbH, unterstützt. Der Entscheidung für eine neue Unterbringung haben wir zugestimmt. Jungen Firmengründern wird damit weiter eine gute Möglichkeit zu einem Start in die Selbstständigkeit gegeben.

In der Wirtschaft des Alb-Donau-Kreises macht sich immer deutlicher der Mangel an Fachkräften bemerkbar. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass auf der einen Seite das Angebot an Ausbildungsplätzen weiterhin ausgebaut werden muss, auf der anderen Seite muss der Landkreis seine Attraktivität als Standort und Lebensraum weiter entwickeln, damit junge Fachkräfte gern zu uns kommen.

Dass der Tourismus im Alb-Donau-Kreis immer mehr auch an wirtschaftlicher Bedeutung gewinnt, ist anhand verschiedener Zahlen zu belegen. Alle Bemühungen, mit Hilfe der Tourismusförderung die Wirtschaftskraft unseres Landkreises zu stärken, unterstützen wir. Einen wichtigen Faktor in diesem Zusammenhang stellt das Biosphärengebiet Schwäbische Alb dar. Inzwischen haben viele Gemeinden ihr Interesse an einer Erweiterung des Gebietes bekundet. Weil das Biosphärengebiet immer mehr, auch wirtschaftliche, Wirkung entfaltet, sollte sich der Alb-Donau-Kreis für eine Runde zur Erweiterung einsetzen.

ÖPNV / Schülerverkehr

Die Weiterentwicklung des ÖPNV im Alb-Donau-Kreis ist weiterhin eine Aufgabe für uns alle. Punktuelle Verbesserungen im Bereich Laichingen, speziell im Schülerverkehr, sind beschlossen. Im Rahmen der Diskussion zu einem regionalen S-Bahnkonzept wurden weitere Verbesserungen diskutiert. Der Regionalverband Donau-Iller hat schon im letzten Jahr die Ergebnisse einer Vorstudie zu einem regionalen S-Bahnkonzept vorgestellt. Die Anliegen der Städte und Gemeinden des Alb-Donau-Kreises wurden eingebracht. Mit Spannung sehen wir der endgültigen Studie entgegen, um eine solide Grundlage für weitere Entscheidungen im Bereich ÖPNV zu haben.

Eng verbunden mit den Entwicklungen im ÖPNV sind die Schülerverkehre. Die Einführung von Werkrealschulen hat zu notwendigen Anpassungen in vielen Bereichen geführt. Die neue Landesregierung hat nun die seit 1987 gekürzten und dann eingefrorenen Zuschüsse angehoben. Der Landkreis erhält für die Schülerbeförderung einen um 430 T € erhöhten Zuschuss. Das ist eine Steigerung um 11,8%.

OEW Abgabe / Energiepolitik

Einige Worte möchte ich auch zur OEW sagen. Voranstellen möchte ich: Wir, die SPD-Fraktion, stehen zu unserem Engagement bei der OEW. Das bedeutet, dass wir großes Interesse an dem Werterhalt dieses Unternehmens und damit an unseren Unternehmensanteilen haben. Da wir über die OEW auch

einer der beiden großen Anteilseigner bei der ENBW sind, haben wir auch am Werterhalt dieses Unternehmens großes Interesse. Dieses bedeutet aber nicht, dass wir unkritisch alle Entscheidungen der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates von OEW bzw. ENBW akzeptieren.

Schon seit langem haben wir unsere Bedenken in Bezug auf die Ausrichtung der Nutzung von Kernkraft geäußert und haben ein entsprechendes Einwirken auf der Ebene ENBW gefordert. Bisher ohne Erfolg.

Nun erzwingt die Entwicklung dieses Jahres eine Neuausrichtung. Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, das bereits seit längerem eine Umsteuerung in der ENBW stattgefunden habe: „..man hat Ersatzkapazitäten für Kernkraft geschaffen“ sagten Sie.

Wir wissen, dass seit dem Frühjahr dieses Jahres ca. 1750 MW Leistung der AKWs Philippsburg I und Neckarwestheim I vom Netz genommen wurden. Das wäre im Übrigen auch bei Beibehaltung des Rot-Grünen Ausstiegsgesetzes vom Mai 2002 so gewesen. Wenn man als Ersatz Rheinfelden, Karlsruhe und Baltic Sea I zusammenrechnet, ergibt das eine Leistung von ca. 1100 MW. Bleibt eine rechnerische Lücke von 650 MW.

Die beiden noch in Betrieb befindlichen AKWs der ENBW mit einer Gesamtleistung von ca 2800 MW müssen 2019 bzw. 2022 vom Netz. Was uns fehlt, ist eine Darstellung, ein Konzept, mit welchem Maßnahmenmix bis zu welchem Zeitpunkt die





■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 25

entfallende Leistung aus Kernenergie ersetzt werden soll. Die Information in Ehingen hat uns dazu nicht genügt.

Im Zusammenhang mit der OEW möchte ich auch die bisherige Information des Kreistages ansprechen. Wir denken, dass hier noch Potenzial zu einer verbesserten Kommunikation besteht. Sie, Herr Landrat, möchten wir bitten, Ihrer Zusage einer regelmäßigen Information auch entsprechende Taten folgen zu lassen.

Das Thema ENBW / OEW möchte ich nicht abschließen, ohne auf den Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Kreisumlage einzugehen.

Sie, Herr Traub, schreiben in Ihrem Antrag: "Die von der grün-roten Landesregierung gemachte Energiepolitik wird die Ausschüttungen der ENBW an unseren Landkreis um über 4 Mio. € reduzieren." Ich möchte doch darauf hinweisen, dass es richtigerweise heißen müsste: Die von der schwarz-gelben Bundesregierung gemachte Energiepolitik wird usw. ... Vielleicht haben Sie es schon vergessen, aber es war doch so:

Zunächst hat die Bundesregierung im Jahr 2010 den Ausstieg vom Atomausstieg beschlossen. Der damalige Ministerpräsident dieses Landes hat sogar seinen Parteifreund Röttgen zum Rücktritt aufgefordert, weil der ihm zu zögerlich erschien. Im nächsten Schritt hat dann die Kanzlerin zusammen mit den Bossen der vier großen Energieunternehmen einen Deal gemacht: Laufzeitverlängerung gegen Brennelementesteuer. Mit diesem Deal wurde

dann der Ausstieg vom Ausstieg im Oktober 2010 Gesetz. Der dritte Akt folgte am Beginn dieses Jahres: Nach Fukushima war Kernenergienutzung in Deutschland nicht mehr gewollt. Die Bundesregierung und mit ihr die schwarz-gelbe Koalition beschlossen den Ausstieg vom Ausstieg. Das Atomgesetz wurde dazu im Juni dieses Jahres entsprechend geändert. Als Folge davon wurden Philippsburg I und Neckarwestheim I endgültig abgeschaltet und neue Laufzeiten für die restlichen Kraftwerke festgelegt. Die Brennelementesteuer aber ist geblieben.

Alle diese Schritte hatten und haben direkten Einfluss auf die Ertragssituation der ENBW und damit verbunden natürlich auch auf die Ausschüttungen an die Anteilseigner. Wo, Herr Traub, kommt denn in diesem Szenario die neue Landesregierung vor? Nirgends! Und darum: Ihr Antrag beinhaltet einen kleinen Schreibfehler.

Den vorgelegten Haushaltsplan haben wir in unserer Fraktion ausführlich beraten. Nach Prüfung des vorgelegten Entwurfes sind wir zu dem Beschluss gekommen, nur einen Antrag zu einer Veränderung zu stellen.

Mit unserem Antrag:

"Einrichtung einer Messstelle für Stickoxide und u.a. schädliche Stoffe" ...

wollten wir erreichen, dass Messwerte für Schadstoffe im Alb-Donau-Kreis selbst gewonnen werden und nicht auf extrapolierte Daten anderer Messstellen zurückgegriffen werden muss.

Nach der Beratung im Ausschuss für Umwelt und Technik wurde eine umfassende Darstellung durch Fachleute der Landesanstalt für Umwelt zugesagt. Wir gehen davon aus, dass das weitere Vorgehen im Lichte der dann vorliegenden Informationen diskutiert werden wird.

Nach Abwägung aller unwichtigen Gesichtspunkte: Soziale Ausgewogenheit, ausgewogene Verteilung der Lasten zwischen Städten und Gemeinden auf der einen Seite und dem Landkreis auf der anderen Seite, weiteren Investitionen in unsere Krankenhäuser und die Infrastruktur sowie einer vertretbaren Entwicklung der Verschuldung des Landkreises hat die SPD-Fraktion beschlossen, diesem Haushalt, so wie er uns heute vorliegt, zuzustimmen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bedanken. Bedanken bei der Geschäftsleitung unserer Krankenhaus GmbH und allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kreiskrankenhäusern und in den Kreispflegeheimen für ihre tatkräftige Arbeit.

Bedanken möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Ebenen der Landkreisverwaltung. Wir sagen Dankeschön für ihren Einsatz und die von ihnen geleistete Arbeit.

Bei Ihnen, meine Damen und Herren, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion

Günter Neubauer
Fraktionsvorsitzender ■



Urlaubseindrücke aus Frankreich

Camping, Klos und Kathedralen

Ludwig Dorner

Abschreckend? Franzosen seien allesamt arrogant. So etwas hört und liest man bei uns zuweilen. Neulich stand in einer deutschen Tageszeitung zu lesen, Französisch sei unter Jugendlichen nicht mehr cool. "Das klingt irgendwie schwul.", wurde ein ganz Schlauer zitiert.

Das ist so was von Quatsch! Natürlich gibt es hier wie überall nette und ab und zu auch weniger nette Leute. Aber was wir auch dieses Mal wieder beobachtet und erfahren haben:

Wenn man auf die Menschen zugeht, bekommt man in aller Regel auch ein freundliches Echo zurück. Gegenseitige Hilfsbereitschaft auf den Campingplätzen (lauter Franzosen!) und ein kleines Schwätzle danach sind auch 2011 wie eh und je guter Brauch.

In Geschäften wird man freundlich bedient, auch wenn die Leute, wenn der Kunde den Mund aufmacht, sogleich den fremdländischen Akzent raushören. Ein freundliches Bonjour (Guten Tag) bekommt man auf dem

Campingplatz von fast jedem im Vorbeigehen geboten, oft ergänzt durch "..., Madame" oder "..., Monsieur" bzw. ein ebenso freundliches "Bonjour, Monsieur/Dame", was so viel wie "Grüßt Gott mit'nander" heißt. Freilich, man muss selber auch grüßen wollen ...

Im übrigen haben wir dieser Tage von unseren französischen Freunden, die es wissen müssen, erzählt bekommen, wie oft Touristen ihre eigene gute Erziehung vergessen und großlos, anmaßend arrogant und ohne "Bitte" und "Danke" auftreten ...

Einmal hat unser Navi versagt und kannte einen neuen Autobahnabschnitt noch nicht. Prompt fuhren wir wieder Paris statt der Heimat zu und konnten erst zwanzig Kilo-

meter später bei der nächsten Ausfahrt/Mautstelle wieder rausfahren. Kaum standen wir da und studierten die Landkarte, die auf der Motorhaube lag, als schon ein freundlicher Mitarbeiter der Autobahnmeisterei dastand (eben noch hatte er das WC geputzt!) und uns seine Orientierungshilfe anbot. Und der Mann konnte nicht im voraus ahnen, dass wir uns mit ihm in seiner eigenen Sprache verständigen konnten. Er kam trotzdem.

In der Autobahnraststätte fuhr eine Bedienstete ein schwer beladenes Wägelchen durch den Raum und rief lächelnd halblaut auf Deutsch "Achtung!", damit wir ein wenig zur Seite träten. Weiß der Geier, wie sie uns als Deutsche erkannt hatte. ■

Zugegeben: Umgangsformen kann man nicht fotografieren ... (stattdessen halt ein wenig "Land und Leute")



Rathäuser fast immer mit Europaflagge!



Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstag_s-Treff Öffentliche Veranstaltung

3.

Januar

Schwert
Ehingen

20.00 Uhr

Zukunftswerkstatt Ehingen

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles: Kreistag
- Siehe Hauptthema (Ideen sammeln).
Siehe auch Seite 21!
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
7. Februar 2012
Gaststätte Schwert

Wir gratulieren Hilde Mattheis MdB

- zur Wahl in den SPD-Bundesvorstand als eine von drei Vertretern/Vertreterinnen aus Baden-Württemberg
- zur Wahl als Vorsitzende "Demokratische Linke 21"
- zur bundesweiten Präsenz in den Nachrichten von ARD, ZDF und Deutschlandfunk ■

Zur Volksabstimmung S21 hat unser Ortsverein eine Zeitungsanzeige geschaltet, in der völlig neutral dazu aufgerufen wurde, sich nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden und auf jeden Fall zur Abstimmung zu gehen. Die Kosten für die dreifach erschene Anzeige wurden ausschließlich über eingegangene Spenden finanziert. Die Ortsvereinskasse wurde dadurch also nicht belastet. ■

Spendenaufruf

Für seine ganzjährig zu leistende politische Arbeit, zu der natürlich auch 's Rote Füchle in nicht geringem Umfang gehört, bittet der Ortsverein Ehingen auch dieses Jahr wieder alle Leserinnen und Leser dieses Mitteilungsblatts um eine angemessene Spende. Wenn es wenigstens zwischen 20 und 30 Euro wären ...
Konto SPD Ehingen, Konto-Nr. 601 280 008, Ehinger Volksbank, BLZ 630 910 10.

Es bedanken sich im voraus Kassier und Vorstand! ■



Für 2012 alles Gute, Gesundheit, Wohlergehen,
Frieden (auch sozialen und familiären).

Dies wünschen der gesamten Leserschaft

Vorstand und Redaktion

SPD-Publikationen im Gäu - Wir sind nicht allein ...

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- Der Rote Seehas www.bodensee-internationale.org/seehas.php
- Bibervision www.spd-biberach.de
- und natürlich: 's Rote Füchle www.spd-ehingen.de ■